

Hanns Jörg F. Buck

Dokumente und Schriften
der Europäischen Akademie Otzenhausen

Herausgegeben von
Heiner Timmermann

Band 122

Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR

LIT

LIT

Vorwort

Von Helmut Jenkis

Die Behausung gehört - zusammen mit der Ernährung und Bekleidung zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Aus sozialpolitischen Gründen interveniert der Staat mit unterschiedlicher Intensität: Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene werden die Preise für die Nahrungsmittel nicht auf das internationale Niveau gesenkt, sondern im Interesse der Produzenten - der Landwirte - auf das höhere innereuropäische Niveau heraufgeschleust; für die Bekleidung gibt es keine sozialpolitischen Eingriffe, dagegen ist die Wohnungswirtschaft der Wirtschaftszweig, der sowohl in rechtlicher als auch in ökonomischer Hinsicht die stärksten Interventionen und Subventionen aufweist.

Die weit verbreitete Auffassung, die staatliche aktive Wohnungspolitik sei eine Folge der nach dem Ersten bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Wohnungsnot, ist unzutreffend: Davon abgesehen, daß Jakob Fugger nach 1516 mit der 'Fuggerei' in Augsburg die erste Sozialsiedlung im deutschen Sprachraum schuf (die noch heute besteht), wurden mit den Edikten des Großen Kurfürsten von 1667, Friedrich Wilhelm I. von 1722 und insbesondere mit denen von Friedrich dem Großen nahezu sämtliche Elemente der nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzten wohnungspolitischen Instrumente entwickelt, so zum Beispiel die Grundstücksenteignung gegen Entschädigung, die Bereitstellung von Baugrundstücken zu angemessenen Preisen, die Gewährung von Bauzuschüssen bzw. die zeitlich begrenzte Steuerbefreiung; Preußen hat 1782 nahezu 12% seiner Haushaltsmittel als Barzuschüsse für Wohnungsbaumaßnahmen ausgegeben. Die Französische Revolution begründete nicht nur den liberalen Rechtsstaat, sondern hat auch den liberalen Wirtschaftsstaat geschaffen, den Ferdinand Lasalle als 'Nachtwächterstaat' bezeichnete. Die Aufgabe des Staates bestand vornehmlich darin, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, nicht aber in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Die Phase der liberalen - marktwirtschaftlichen - Ordnung der Wohnungswirtschaft reichte von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg.

Da die Wohnungsnachfrage zu 98% oder sogar zu 99% aus dem Wohnungsbestand und nicht aus der jährlichen Neubaurate befriedigt wird, setzten bereits 1914 die staatlichen Eingriffe in den Wohnungsbestand ein. Nach 1918 wurden sämtliche Elemente der Intervention entwickelt und vervollkommen: Die Mieten wurden administriert und im Extremfall als Stoppmiete unterhalb der Kosten oder der Marktmiete fixiert, die freie Konsumgutwahl durch die Bewirtschaftung des Bestandes und Wohnungszuweisungen eingeschränkt und schließlich die Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu Gunsten der Mieter reglementiert. Im Extremfall handelte es sich um die Wohnungszwangswirtschaft, die die marktwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vermietern und Mietern

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8258-7776-0

© LIT VERLAG Münster 2004

Grevener Str./Fresnostr. 2 48159 Münster

Tel. 0251-23 50 91 Fax 0251-23 19 72

e-Mail: lit@lit-verlag.de <http://www.lit-verlag.de>

vollständig außer Kraft setzte.

Bemerkenswert ist, daß mit zunehmender Entspannung der Wohnungsmärkte die staatlichen Eingriffe und Subventionen in den 20er und zu Beginn der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts reduziert wurden, um dann im Rahmen der Kriegsvorbereitungen und insbesondere während des Zweiten Weltkrieges die Wohnungszwangswirtschaft nicht nur wieder einzuführen, sondern diese zu vervollkommen. Die 'perfekteste' Wohnungszwangswirtschaft enthielt das Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 8. März 1946, das für die vier Besatzungszonen galt. Die staatlichen Interventionen nach dem Ersten und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg waren situationsbedingt; denn die akute Wohnungsnot konnte aus sozialpolitischen Gründen nicht marktwirtschaftlich beseitigt werden. Es bedurfte vielmehr der Eingriffe in den Wohnungsbestand bei gleichzeitiger Förderung des Wohnungsneubaus. Es handelte sich nicht um eine ordnungspolitisch motivierte Wohnungspolitik, sondern um eine zeitlich begrenzte Notlagenintervention und -subvention. Sobald sich die Wohnungsmärkte entspannten, zog sich der Staat schrittweise zurück und überließ die Wohnungswirtschaft dem Markt.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der inzwischen untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) driftete die Wohnungspolitik in beiden deutschen Staaten auseinander: Die Bundesrepublik folgte dem Instrumentarium und seinem Abbau wie in den 20er und 30er Jahren, die DDR orientierte ihre Wohnungspolitik an den von Friedrich Engels in seiner 1872/73 veröffentlichten Schrift 'Zur Wohnungsfrage': Die Lösung der Wohnungsfrage löst nicht zugleich die soziale Frage, sondern - umgekehrt - erst 'durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht'. Da der Grund und Boden zu den Produktionsmitteln gehört, mußte auch dieser vergesellschaftet werden. Ludwig Penig, der an der nachmaligen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR in Potsdam-Babelsberg lehrte, hat den Unterschied zwischen der sozialistischen und der 'kapitalistischen' Wohnungspolitik dahingehend charakterisiert, daß 'die Wohnung Bestandteil des zu den Vorzugsbedingungen zur Verfügung gestellten Konsumtionsfonds (ist); das heißt, den größten Teil der Kosten für den Bau und die Unterhaltung der Wohnungen übernimmt der sozialistische Staat. ... Die Wohnungsnutzung hat im Sozialismus den Charakter, ein ganz gewöhnliches Warengeschäft zu sein, verloren. Die Miete ist nicht mehr nur ein äquivalentes Entgelt für die Wohnungsnutzung, sondern nur ein wesentlicher Beitrag des Mieters für die Unterhaltung des gesellschaftlichen Wohnungsfonds' (so Ludwig Penig: Der komplexe Wohnungsbau als staatliche Aufgabe, Ost-Berlin 1973, S. 12 f.) Schärfere konnte der ordnungspolitische Unterschied zwischen der sozialen Wohnungsmarktwirtschaft in der Bundesrepublik und der sozialistischen (planwirtschaftlichen) Wohnungspolitik in der ehemaligen DDR nicht herausgearbeitet werden.

Auf dieser ideologischen Grundlage hat die DDR in ihre Verfassung von

1968/1974 in Art. 37 die Bestimmung aufgenommen, daß 'jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und den örtlichen Bedingungen (hat)'. Inhaltlich wurde diese Verfassungsnorm in das Zivilgesetzbuch (ZGB) übernommen, denn in § 94 heißt es: 'Der sozialistische Staat gewährleistet jedem Bürger und seiner Familie das Recht auf Wohnraum' und § 96 ZGB bestimmt: 'Zur Gewährleistung des Grundrechts der Bürger auf Wohnraum und zur Sicherung seiner gerechten Verteilung unterliegt der gesamte Wohnraum der staatlichen Lenkung unter Mitwirkung von Kommissionen der Bürger in den Wohngebieten und Betrieben.' Nicht Angebot und Nachfrage auf den Märkten, sondern die staatliche Lenkung sollte die 'gerechte Verteilung' des Wohnraumes vornehmen.

Das Zentralkomitee der SED hat auf einer 9. Tagung im Mai 1973 beschlossen, im Zeitraum 1976 bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen. Der damalige DDR-Bauminister Wolfgang Junker hat auf der 10. Tagung des ZK der SED am 2. Oktober 1977 erklärt: 'Der Kapitalismus ist dazu außerstande. Das hat Friedrich Engels in seiner bekannten Schrift "Zur Wohnungsfrage" wissenschaftlich nachgewiesen.' Nach der Wende 1989/90 konnte das Ergebnis der sozialistischen Wohnungspolitik besichtigt werden: Die Innenstädte waren vernachlässigt, der Wohnungsbestand überaltert und technisch verbraucht, an den Stadträndern wurden Wohnsilos als Plattenbauten errichtet, die nicht den modernen technischen und ökologischen Ansprüchen genügen. Seit Beginn der 90er Jahre wurden Milliarden in die Modernisierung und Sanierung des DDR-Wohnungsbestandes investiert, um diesen an das westdeutsche Niveau anzugleichen.

Bereits vor der Wende 1989/90 und insbesondere danach hat es zahlreiche Untersuchungen zur DDR-Wohnungspolitik gegeben, die das Scheitern der DDR-Wohnungspolitik beschrieben. Allerdings haben sich diese Publikationen vornehmlich mit den Einzelaspekten - zum Beispiel den 'geschönten' Statistiken und der Sanierung der Plattenbauten - beschäftigt. Bisher mangelte es an einer Gesamtdarstellung. Dr. Hannsjörg F. Buck legt die erste umfassende Untersuchung vor und zeigt die Gründe für das Scheitern der sozialistischen Wohnungspolitik auf:

In vier Kapiteln analysiert Buck nicht nur die Wohnungspolitik der SBZ/DDR von 1945 bis 1989, sondern belegt seine kritischen Ausführungen durch zahlreiche Statistiken und insbesondere durch bisher kaum oder gar nicht bekannte gewordene Dokumente, auch solchen vertraulichen Charakters. Diese Untersuchung ist nicht nur für die Wohnungspolitiker, sondern auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitiker und nicht zuletzt für die Politikwissenschaftler eine Fundgrube, aus der viele schöpfen und lernen können, daß eine ideologisch basierte (Wohnungs-) Politik zum Scheitern verurteilt ist. Auch der Planungschef der ehemaligen DDR, Dr. Gerhard Schürer, hat inzwischen bekannt, daß die soziale Marktwirtschaft der sozialistischen Planwirtschaft überlegen ist, das gilt auch für die

(soziale) Wohnungsmarktwirtschaft.

Es ist zu wünschen, daß diese faktenreiche Darstellung der DDR-Wohnungspolitik und ihr Scheitern über den Bereich der Wohnungswirtschaft hinaus beachtet wird, um ideologische Sozialstaatspostulate zu vermeiden, die zum Scheitern verurteilt sind.

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung

Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Jenkis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Helmut Jenkis	5
Inhaltsverzeichnis	9

Teil I

Wohnungspolitik in der SBZ von 1945 - 1949

1.	Ideologische Grundlagen und Sofortmaßnahmen der KPD-SED-Wohnungspolitik ab 1945/46	16
2.	Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg	19
2.1	Die Zerstörungsbilanz bei Wohnungen in der SBZ	19
2.2	Kriegszerstörungen beim Wohnungsbestand in der SBZ und in den Westzonen	22
2.3	Verschärfung der Wohnungsnot durch Massenflucht und Vertreibung	23
2.4.	Wohnungsverluste und Wohnungsnot in den einzelnen Ländern der SBZ	24
2.5.	Bevölkerungswachstum, Instandsetzung von Wohnungen und Versorgung mit Wohnraum	26
3.	Linderung der Wohnungsnot durch Wohnungszwangswirtschaft und durch zentralgelenkte Kräftekonzentration	28
3.1	Wohnraumlenkung als Kernstück der Wohnungspolitik	28
3.2	Die Bodenreform und das Neubauernbauprogramm	36
3.3	Baumaterialbeschaffung für Neubauern durch Zerstörung von Bauten des Weltkulturerbes	47
4.	Bilanz der SED-Wohnungspolitik während der Besatzungszeit	53
	Tabellen und Dokumente	58

Teil II

Die Wohnungspolitik der DDR von der Staatsgründung 1949 bis zum Mauerbau 1961

Wohnungspolitik in der „Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“

1.	Die Wohnungspolitik während der Periode des beschleunigten „Aufbaus des Sozialismus“ – 1948/49 bis Juni 1953	130
1.1	Die Wohnungsversorgung nach der Staatsgründung	130
1.2	Die sozialistische Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in der Bauwirtschaft und im Wohnungswesen 1950 bis 1961	131
1.3	Die Indienstnahme des Wohnungsbaus als Instrument der Industriepolitik und der Arbeitskräftelenkung	134
1.4	Die Verteilung der staatlichen Wohnungsbauaktivitäten nach industriellen Aufbauzentren	139
2.	Wohnungs- und Städtebaupolitik bis zum Volksaufstand am 17. Juni 1953	140
2.1	Architektur nach stalinistischem Muster	141
2.2	Das Aufbaugesetz	142
2.3	Das „Nationale Aufbauwerk“	145
3.	Die einheitliche Leitung des Bauwesens und der hierarchische Aufbau der staatlichen Bauverwaltung	146
4.	Wohnungsbaupolitik nach dem Volksaufstand – Juni 1953 bis 1961/62	150
5.	Träger des Wohnungsbaus	156
5.1	Die Träger des staatlichen Wohnungsbaus	156
5.2	Erweiterung der Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung für den staatlichen Wohnungsbau	157
5.3	Der Wohnungsbau durch private Bauherren	159

5.4	Die Leistungen des privaten Wohnungsbaus	162
5.5	Der Wohnungsbau auf dem Lande	165
5.6	Der Aufstieg der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften	164
5.7	Die Gleichschaltung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften	168
6.	Wohnungsbewirtschaftung und Wohnraumverteilung	169
7.	Mietenpolitik	171
8.	Wohnungsbau 1949/50 bis 1961/62 – Planziele und Ergebnisse	172
8.1	Die Planerfüllung im Zweijahrplan und in den beiden ersten Fünfjahrplänen (1949 – 1958)	172
8.2	Der Siebenjahrplan, die „ökonomische Hauptaufgabe“ und der „Sieg des Sozialismus“	174
8.3	Die Wohnungsbauleistungen während der vier Perspektivplanperioden von 1949 bis 1961/62	177
9.	Wohnungsversorgung und Wohnungsmangel	178
10.	Die Qualität der Wohnungsversorgung ein Jahrzehnt nach der Staatsgründung	179
11.	Bilanz der Wohnungspolitik und der Wohnungsbauaktivitäten	181
	Tabellen und Dokumente	185

Teil III

Die Wohnungspolitik der DDR vom Mauerbau 1961 bis zum Sturz Ulbrichts 1970/71

1.	Die Untersuchungsziele für den Zeitraum 1961 – 1971	214
2.	Ausgangslage, prozeßpolitische Aktivitäten und Kontroversen in der Wohnungspolitik	215
2.1	Das Scheitern des Siebenjahrplans und seine Auswirkungen auf die Planung der Wohnungspolitik	215

2.2	Die Wohnungspolitik ab 1961/62	218
2.3	Wichtigste wohnungspolitische Akteure	224
2.4	Konzentration des Wohnungsbaus in „sozialistischen Wohnkomplexen“ - Ziele und Mängel	226
2.5	Ausstattung neuer Wohnkomplexe mit Gemeinschaftseinrichtungen – Anstrengungen und Defizite	233
2.6	Montage- und Plattenbau als Zaubermittel zur Erhöhung der Wohnungsbauleistungen	235
2.7	Maßregelung der Wohnungsbaugenossenschaften und die Einschränkung ihrer Bautätigkeit	238
2.8	Politische Mietpreisfestsetzung und ihre volkswirtschaftlichen Folgen	243
3.	Ergebnisse der Wohnungsbauaktivitäten – erreichte Verbesserungen bei der Wohnungsversorgung und bei der Erhöhung der Wohnqualität	248
3.1	Die Wohnungsbauleistungen in den 60er Jahren	248
3.2	Der Aufstieg des Staates zum beherrschenden Bauherren	250
3.3	Wohnungsbestand und Wohnungsverhältnisse am Ende der Ulbricht-Ära	251
3.4	Verteilung der Wohnungen auf Wohngebäudearten und Eigentümer	253
3.5	Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen	254
3.6	Erreichter Wohnwert und weiter vorhandene Qualitätsmängel des Wohnungsbestandes 1971	255
4.	Bilanz der Wohnungspolitik, der Wohnungsbauleistungen und der Wohnwertverbesserungen	257
	Tabellen und Dokumente	264

Teil IV

Wohnungspolitik als Kernstück der Sozialpolitik der DDR 1971 bis 1989

1.	Die Ausgangslage bei der Wohnungsversorgung am Ende der Ulbricht-Ära	323
2.	Die Aufwertung des Wohnungsbaus zum Kernstück der SED-Sozialpolitik 1971 bis 1989	324
3.	Der Plan- und Erfüllungszeitraum für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms	325
4.	Die Ziele des SED-Wohnungsbauprogramms 1971 bis 1990	326
5.	Die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms 1971 bis 1990 - Soll und Haben	332
5.1	Vorgebliche und tatsächliche Neubauleistungen 1971 bis 1990	332
5.2	Die Methoden zur Aufbesserung der Planerfüllungsergebnisse	333
5.3	Bewertung der Ergebnisse des SED-Neubauprogramms von 1971 bis 1990	335
5.4	Wahrheitswidrige Vermehrung der Neubauleistungen im privaten Wohnungsbau	337
5.5	Träger des Wohnungsbauprogramms	337
5.6	Aufteilung der überhöht ausgewiesenen Neubauleistungen auf Bauträger unterschiedlicher Eigentumsform	338
5.7	Schein und Realität bei der Modernisierung von Wohnungen	338
6.	Die Entwicklung des Wohnungsbestandes 1971 bis 1990	342
6.1	Die Wohnungszählungen 1971 bis 1990	342
6.2	Fragwürdige Angaben zum Wohnungsbestand	342
6.3	Die Wohnungsversorgung in der DDR in den 80er Jahren im Vergleich zur früheren Bundesrepublik	344

6.4	Durch Bauschäden nicht mehr nutzbare Wohnungen	345
6.5	Nettoerhöhung des Wohnungsbestandes während der Laufzeit des SED-Wohnungsbauprogramms	345
6.6	Der 1990 tatsächlich hinterlassene Wohnungsbestand	347
7.	Ergebnisse und Versagen bei der Verbesserung der Wohnbedingungen	348
7.1	Entwicklung der Alters- und Qualitätsstruktur der DDR-Wohnungen 1971 bis 1989	350
7.2	Mißglückte Verjüngung des Wohnungsbestandes	352
7.3	Bestandsverluste an Wohnungen durch Verfall und Abriß	352
7.4	Art der Baumängel bei Alt- und Neubauten (Plattenbauten)	354
7.5	Verfall von Altbauten durch Dezimierung des Bauhandwerks	355
7.6	Wohnungsqualität gemessen an Ausstattungsmerkmalen	357
7.7	Ballungen von Plattenbauten zu Wohnkomplexen als Ausdruck „sozialistischer Lebensweise“	358
8.	Ungedeckter Wohnungsbedarf als ungelöstes soziales Problem	361
9.	Institutionen und Akteure	361
10.	Folgen der sozialistischen Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse für die private Nutzung und Verfügung über Wohnraum	363
11.	Staatlicher Wohnungsbau und Wohnraumlenkung als Versuch zur Förderung der Regimetreue	367
12.	Billiges Wohnen als „soziale Errungenschaft“	369
13.	Der Staatshaushalt als Finanzierungsquelle der Wohnungswirtschaft	373
14.	Überforderung der Staatsfinanzen durch Subventionierung der Wohnungswirtschaft	375
15.	Die Lösung der Wohnungsfrage nach SED-Konzept – Bilanz	377
	Tabellen und Dokumente	387

Literaturverzeichnis	458
Abkürzungsverzeichnis	484

Tabellen und Dokumente

Tabelle 1

Wohnungsbestand in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg und Ausmaß der durch Kriegseinwirkungen vernichteten oder teilweise zerstörten Wohnungen
(einschließlich Großberlin)

Land/ Provinz	Wohnungsbestand		Total zerstörte oder unbewohnbar ge- wordene Wohnungen		Teilweise zerstörte Wohnungen (Leicht bis mittelschwer beschädigte Wohnun- gen	
	1939		(Ermittlungsstand: Mai 1946) ¹⁾		in % des Vorkriegs- bestandes	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in % des Vorkriegs- bestandes
Land Sachsen	1.778.756	214.000	12,0	400.000	22,5	
Land Thüringen	718.783	31.000	4,3	39.000	5,4	
Land Mecklenburg	418.200	108.500	25,9	102.000	24,4	
Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt)	983.105	161.000	16,4	98.000	10,0	
Provinz Brandenburg	692.048	125.000	18,1	118.000	17,1	
Insgesamt	4.590.892	639.500	13,9	757.000	16,5	
Nachrichtlich: Stadt Berlin ³	1.544.000	627.000	40,6	380.000	24,6	

1) Die hier vorgelegten Ergebnisse beruhen auf den im Mai 1946 durchgeführten Ermittlungen der Länderregierungen der SBZ und ihrer Kreis- und Gemeindeverwaltungen.

2) Als „teilweise zerstört“ wurden solche Wohnhäuser und Wohnungen gewertet, die zu 15 % bis 33 % beschädigt und zerstört worden waren. Bei diesen Wohnhäusern und Wohnungen waren die Dächer teilweise abgedeckt, der Dachstuhl beschädigt und die Wände übersät mit Löchern durch Bombensplitter und Geschosßeinschläge. Außerdem fehlten zumeist die Türen, Fensterrahmen und Fenster.

3) Berlin (West) und Berlin (Ost). 1945/46 wohnten in Großberlin über die Hälfte der Bevölkerung in Kellern und in Ruinen.

Quellen: „Wohnungen und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Stand 1946“, in: Statistische Praxis, Monatsschrift des Statistischen Zentralamts, (Deutsche Verwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone), 2. Jg., Heft Nr. 12/1947, Karteiblatt;

Interne Statistiken und Berichte der Deutschen Zentral- oder Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS) der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Abteilung IV Sozialwesen/Sozialfürsorge, Abschnitt Wohnung und Siedlung. Diese Statistiken und Berichte wurden zumeist im Auftrag der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) erstellt und der Zentralverwaltung nach Karlshorst übersandt.

Die für die SMAD bestimmten Berichte tragen in der Regel die Unterschriften des Präsidenten Gustav Brack (KPD/SED) und der Vizepräsidentin Jenny Matern (KPD/SED). Entnommen dem Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsbildung der DDR, Bundesarchiv, SAPMO, DQ 2 4000 und DH I 38 895; Orlopp, Josef (Präsident der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel und 1945/46 zweiter stellvertretender Oberbürgermeister der Stadt Berlin): „Zusammenbruch und Aufbau Berlins 1945/46.“ Berlin (Ost) 1947, S. 30/31.

Tabelle 2

Wohnungszerstörungen
in den Städten der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
(1945 - 1947)

Städte	Wohnungsverluste in % im Vergleich zum Vorkriegsbestand 1939 ¹⁾
Dessau	80
Halberstadt	80
Plauen	75
Nordhausen	75
Dresden	65
Magdeburg	50 ²⁾
Frankfurt / Oder	50
Berlin (Ost)	40
Potsdam	39
Chemnitz	27
Leipzig	25 ³⁾
Rostock	22 ⁴⁾
Brandenburg	20
Cottbus	20
Merseburg	20
Jena	15
Bautzen	15
Gera	10
Zwickau	8
Halle	5
Erfurt	5
Eisenach	5
Gotha	5
Schwerin	3

1) Als „Wohnungsverluste“ wurden durch die Erhebungen der Kreise, Städte und Gemeinden in der Regel die „total zerstörten Wohnungen“ und diejenigen schwerbeschädigten Wohnungen gewertet, die unbewohnbar geworden waren. Soweit in anderen Quellen für einzelne Städte ein geringeres Ausmaß der Zerstörungen angegeben wird, kommt dies zumeist deshalb zustande, weil schwerbeschädigte Wohnungen, die bei den ersten Erhebungen noch für rekonstruierbar gehalten wurden, zunächst einmal nicht als „endgültige Wohnungsverluste“ verbucht und abgeschrieben worden sind.

Zur Ermittlung der tatsächlichen Wohnungsverluste und des vorherrschenden Wohnungsbedarfs führten die örtlichen Behörden in vielen Städten und Gemeinden der SBZ während der Jahre 1945-1947 mehrere Ver-

lusterhebungen durch. Diese erbrachten in den Jahren 1946/47 in Regel höhere Verlustziffern als 1945. Der Grund hierfür ist, daß nach ein bis zwei Jahren Witterungseinflüsse und andere Ursachen dazu geführt haben, daß in vielen Fällen auch solche Häuser und Wohnungen aufgegeben werden mußten, die zunächst noch als wiederherstellbar angenommen worden waren.

- 2) Die Anteilsziffer umfaßt folgende Schreckenbilanz: 44.000 total zerstörte Wohnungen, 9.000 weitgehend zerstörte Wohnungen und 25.000 leichter beschädigte Wohnungen. Die Altstadt von Magdeburg war zu 80 % vernichtet. Von der früher in der Stadt vorhandenen Verkaufsfläche blieb lediglich 20 % übrig. 224 Gaststätten, 130 Fabriken und 1000 Handwerksbetriebe hatte der Krieg in Ruinen verwandelt. Bis Mai/Juni 1945 verlor Magdeburg 42 % seiner vor dem Krieg in der Stadt lebenden Einwohner.
- 3) Erste vorläufige Ermittlungen der Zerstörungen in Leipzig im Jahre 1945/46 erbrachten folgendes Ergebnis: Total zerstörte Wohnungen 33.870 (= 15 %), schwer beschädigt und in der Regel unbewohnbar 13.400 Wohnungen (= 6 %) und teilweise beschädigt 80.000 Wohnungen (= 36 %).
Über 4,6 Millionen Kubikmeter Trümmer bedeckten Leipzigs Straßen. Von 109 Schulen waren 25 völlig vernichtet und 44 schwer beschädigt. Von ehemals 11 Berufsschulen konnten nur noch 2 benutzt werden. Sämtliche Theater Leipzigs und die meisten übrigen Kulturstätten lagen in Trümmern.
- 4) Weitere 33 % der Wohnungen in Rostock waren teilweise zerstört. Von den öffentlichen Gebäuden der Stadt wurden 25 % vernichtet, darunter das Theater.

Quellen: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Kapitel „Kriegsschäden“. Bearbeitet von Friedrich Kästner. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. 37. Jg., 1949, S. 361-391, hier S. 368/69;
„Dokumente deutscher Kriegsschäden.“ Bd. 1. Hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1958. S. 52/53;
Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985.“ Berlin (Ost) 1989. S. 22/23, S. 28, S. 39, S. 48/49;
Ministerium für Aufbau der DDR, Hauptverwaltung Städtebau und Entwurf: Bericht über „Rostock, die größte Stadt an der Küste der DDR“, Bundesarchiv, SAPMO, DH 1 39 007;
Eberlein, Werner: „Die Wohnungsfrage im sozialpolitischen Kampf der deutschen Kommunisten.“ In: Einheit, Berlin (Ost), 43. Jg., Heft Nr. 11 - 12/1988, S. 972-977, hier S. 974;

Selbmann, Fritz: „Acht Jahre und ein Tag. Bilder aus den Gründerjahren der DDR.“ Berlin 1999, S. 11/12; und eigene Recherchen und Berechnungen.

Tabelle 3

Wohnungsbestand in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg und Ausmaß der durch Kriegseinwirkungen zerstörten oder teilweise zerstörten Wohnungen (ohne Berlin / Ost)

Land/ Provinz	Wohnungsbestand	Total zerstörte oder unbewohnbar gewordene Wohnungen		Teilweise zerstörte Wohnungen (Leicht bis mittelschwer beschädigte Wohnun- gen	
	1939	(Ermittlungsstand: Mai 1946) ¹⁾			
	Anzahl	Anzahl	in % des Vorkriegs- bestandes	Anzahl	in % des Vorkriegs- bestandes
Land Sachsen	1.778.756	214.000	12,0	400.000	22,5
Land Thüringen	718.783	31.000	4,3	39.000	5,4
Land Mecklenburg	418.200	108.500	25,9	102.000	24,4
Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt)	983.105	161.000	16,4	98.000	10,0
Provinz Brandenburg	692.048	125.000	18,1	118.000	17,1
Insgesamt	4.590.892	639.500	13,9	757.000	16,5

- 1) Die hier vorgelegten Ergebnisse beruhen auf den im Mai 1946 durchgeführten Ermittlungen der Länderregierungen der SBZ und ihrer Kreis- und Gemeindeverwaltungen.
- 2) Als „teilweise zerstört“ wurden solche Wohnhäuser und Wohnungen gewertet, die zu 15 % bis 33 % beschädigt und zerstört worden waren. Ihre Wiederinstandsetzung mußte innerhalb einer überschaubaren Zeit durchgeführt werden, da andernfalls durch die Witterungseinflüsse ein Verfall der Wohnungen unvermeidlich war.

Quellen: „Wohnungen und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Stand 1946“. In: Statistische Praxis, Monatsschrift des Statistischen Zentralamts, (Deutsche Verwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone), 2. Jg., Heft Nr. 12/1947, Karteiblatt.

Tabelle 4

Private Haushalte, Wohnungsbestand und Wohnungsdefizit
in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (ohne Berlin / Ost) 1946

Land/Provinz	Private Haushalte	Wohnungsbestand	Haushalte ohne Wohnung	
	Anzahl		Anzahl	in %
Land Sachsen	5.510.600	1.584.810	420.190	21,0
Land Thüringen	939.000	703.512	235.488	25,1
Land Mecklenburg	633.000	287.600	345.400	54,6
Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt)	1.379.000	840.000	539.000	39,1
Provinz Brandenburg	868.000	553.048	314.952	36,3
Insgesamt	5.824.000	3.968.970	1.855.030	31,9

Quellen: Bericht der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge an die Sowjetische Militäradministration Jenny Matern in Deutschland (SMAD), Abteilung „Arbeitskraft“, vom 21. September 1946, unterschrieben von der 1. Vizepräsidentin (KPD/SED). Die Angaben beruhen auf Erhebungen und teilweise auf Schätzungen der Länderregierungen der SBZ und ihrer Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Entnommen dem Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsbildung der DDR, Bundesarchiv, DQ 2 4000;

„Wohnungen und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Stand 1946“. In: Statistische Praxis, Monatsschrift des Statistischen Zentralamts, (Deutsche Verwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone), 2. Jg., Heft Nr. 12/1947, Karteiblatt;

U.a. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 9;

Faber, Dorothea: „Die Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone“. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1953, S. 47.

Tabelle 5

In Notunterkünften untergebrachte Personen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945 - 1950
(ohne Berlin / Ost)

Stichtag	Wohnbevölkerung ¹⁾	In Notunterkünften untergebrachte Personen ²⁾	In Notunterkünften untergebrachte Haushalte ²⁾	In Notunterkünften untergebrachte Personen in % der Wohnbevölkerung
				in %
17. Mai 1939	15.157.123	.	.	.
30. Juni 1945	.	.	.	.
31. Dezember 1945	.	.	.	.
30. Juni 1946	16.422.950	.	.	.
30. September 1946	17.073.470	1.583.195	471.440	9,3
29. Oktober 1946	17.313.734 ³	.	.	.
31. Dezember 1946	17.333.000	.	.	.
31. März 1947	17.570.460	1.040.667	263.833	5,9
30. Juni 1947	17.348.237	939.465	268.271	5,4

Fortsetzung Tabelle 5

Stichtag	Wohnbevölkerung ¹⁾	In Notunterkünften untergebrachte Personen ²⁾	In Notunterkünften untergebrachte Haushalte ²⁾	In Notunterkünften untergebrachte Personen in % der Wohnbevölkerung
				in %
30. September 1947	17.833.000	960.726	278.379	5,4
31. Dezember 1947	17.905.000	776.156	ca. 258.720 ⁴⁾	4,3
30. Juni 1948	.	.	.	.
30. September 1948	17.865.000	195.499	ca. 65.170 ⁴⁾	1,1
31. Dezember 1948	17.848.000	88.103	ca. 29.370 ⁴⁾	0,5
30. Juni 1949	.	.	.	.
30. September 1949	.	.	.	.
31. Dezember 1949	17.601.000	.	.	.
31. März 1950	.	38.682	4.239	.
31. August 1950	17.199.098 ³⁾	.	.	.

1) Die Angaben über die Wohnbevölkerung jeweils am 31. Dezember eines Jahres stammen aus den Statistischen Jahrbüchern der DDR. Zudem wurden die Ergebnisse der amtlichen Volks- und Berufszählungen vom 29. Oktober 1946 und vom 31. August 1950 übernommen.
Die übrigen Bevölkerungszahlen stützen sich auf die internen Statistiken und Berichte der Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) der SBZ.

2) In Notunterkünften, Kellern, Bunkern, Behelfsheimen, Schulen, Turnhallen, Scheunen, Gartenlauben und Elendsquartieren untergebrachte Personen und Haushalte.

3) Ergebnisse der Volkszählung am jeweiligen Stichtag. Die am 29. Oktober 1946 ausgewiesene Wohnbevölkerung umfaßte auch rd. 133.000 Personen, die in Kriegsgefangenen-, Internierungs-, Flüchtlings-, Vertriebenen-, Umsiedler- und sonstigen Durchgangslagern untergebracht waren.

4) Unterstellt wurde eine Zahl von 3 Personen pro Haushalt.

Quellen: Aktenüberlieferung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR 1945-1958, der Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der SBZ 1945 - 1948, der Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) der SBZ 1948 - 1949, verschiedene Berichte an die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Bundesarchiv, DQ 2 4000, DQ 2 3999 und DH 1 38 895; Matern, Jenny: „Die Arbeit der Wohnungsverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone“. In: Arbeit und Sozialfürsorge, Berlin (Ost), 4. Jg., Heft Nr. 4/1949, S. 95, und Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 8; Ausgabe 1962, S. 17 - 19.

Tabelle 6

Rückgewinnung von teilweise zerstörten und unbewohnbaren Wohnungen in den Ländern der SBZ (ohne Berlin/Ost) durch Instandsetzungsmaßnahmen 1945-1950

Stichtag/Monat	Verminderung der Zahl teilweise zerstörter Wohnungen, bei denen zunächst meist nur noch ein Teil bewohnt werden konnte	Verminderung der Zahl erheblich zerstörter Wohnungen, die ursprünglich nicht mehr bewohnt werden konnte
Mai 1945: Ausgangswert: 757 000 teilweise zerstörte Wohnungen		
31. 12. 1945	.	.
31. 03. 1946	.	.
31. 05. 1946	532.929	.
30. 06. 1946	.	.
30. 09. 1946	435.718	123.031
31. 12. 1946	408.030	.
31. 03. 1947	383.528	.
30. 06. 1947	365.449	.
30. 09. 1947	342.706	.
31. 12. 1947	311.326	.
31. 03. 1948	.	.
30. 06. 1948	.	.
30. 09. 1948	299.932	72.326
31. 12. 1948	.	.
31. 03. 1949	.	.
30. 06. 1949	284.588	68.126
30. 09. 1949	.	.
31. 12. 1949	.	.
31. 03. 1950	275.068	70.501

Quellen: Interne Statistiken und Berichte der Deutschen Zentral- oder Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Abteilung IV Sozialwesen/Sozialfürsorge, Abschnitt Wohnung und Siedlung. Diese Statistiken und Berichte wurden zumeist im Auftrag der Sowjetischen Besatzungsmacht erstellt und dann der Zentralverwaltung der SMAD nach Karlshorst übersandt. Die für die SMAD bestimmten Berichte tragen in der Regel die Unterschriften des Präsidenten Gustav Brack (KPD/SED) und der 1. Vizepräsidentin Jenny Matern (KPD/SED). Entnommen dem Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR. Bundesarchiv, DQ 2 4000, DQ 2 2 466, DQ 2 660 und DH 1 38 895.

Tabelle 7

Von den Wohnungsbehörden der Sowjetischen Besatzungszone
beschlagnahmter Wohnraum 1946 - 1950 (ohne Berlin / Ost)

Stichtag	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Beschlagnahmter Wohnraum ²⁾		Vorliegende Dring- lichkeitsanträge auf Zuweisung einer Wohnung	Erfolgte Wohnungs- zuweisungen ³⁾
		Wohnungen	Wohnfläche		
	Anzahl		m ²	Anzahl	
30. 9. 1946	4.019.000	247.159	10.014.017	354.559	165.237
31. 3. 1947	4.393.153	293.178	-	-	-
30. 9. 1947	4.409.864	358.000	13.766.000	581.797	415.572
30. 9. 1948	4.446.196	475.816	17.941.876	281.182	368.979
30. 6. 1949	4.520.714	534.631	20.836.572	263.847	213.374
31. 3. 1950	4.612.270	530.272	22.145.540	594.327	73.642

1) Gesamtbestand an Wohnungen ohne die von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmten Wohnungen.

- 2) Den Haupt- und Zentralverwaltungen auf Zonenebene wurden diejenigen Wohnungen als beschlagnahmt gemeldet, die von den Wohnungsbehörden der fünf Länder der SBZ zur Bewirtschaftung des Wohnraums „erfaßt“ und gemäß Art. IV, VII und VIII des „Wohnungsgesetzes“ (Kontrollratsgesetz Nr. 18) vom 8. März 1946 konfisziert worden waren. Die bisherigen Inhaber mußten ihre Wohnungen räumen, verloren fast die gesamte Wohnungseinrichtung, wurden obdachlos, in die Westzonen vertrieben

oder in Notunterkünfte eingewiesen. Die Ausgewiesenen durften zumeist nur die für das Leben unbedingt notwendigen Gebrauchsgegenstände (Bekleidung, Betten, Wäsche, Schuhe) und gewisse Nahrungsmittelvorräte mitnehmen. In die beschlagnahmten Wohnungen wurden Wohnungslose und solche Personen eingewiesen, die aus politischen und wirtschaftspolitischen Gründen bevorzugt mit Wohnungen und Mobilar versorgt werden sollten.

- 3) Zahl der zwangsweisen Zuweisungen in den vorangegangenen drei Monaten. In diesen wurden erfaßt: Zuweisungen in die von den Wohnungsbehörden beschlagnahmten Wohnungen, Zuweisungen in „unterbelegte“ Wohnungen, Zuweisungen in wieder instand gesetzte Wohnungen und Zuweisungen aufgrund eines behördlich befohlenen Wohnungstausches (Zwangstausch). Die Wohnungszuweisungen erfolgten in der Regel ohne Zustimmung und gegen den Widerstand der Eigentümer der Wohnungen und der bisherigen Wohnungsinhaber (darunter der Mieter).

Quellen: Interne Statistiken der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Abteilung IV Sozialfürsorge, Abschnitt Wohnung und Siedlung, Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR. Bundesarchiv, DQ 2 4000 und DH 1 38 895.
Vgl. das Gesetz Nr. 18 - Wohnungsgesetz - des Alliierten Kontrollrats in Deutschland vom 8. März 1946. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5 vom 31. März 1946, S. 117 - 121;
die „Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt über die Beschlagnahme von Wohnraum“ (darunter Beschlagnahme von Nazi-Wohnungen) vom 13. August 1945 zusammen mit den hierzu ergangenen Durchführungsbestimmungen und beige-fügten Anlagen. Verordnungsblatt (VOBl.) für die Provinz Sachsen, 1. Jg., Nr. 1, veröffentlicht am 6. Oktober 1945, S. 35 - 37, abgedruckt auch bei Hempel, Herbert: „Wohnungs-, Miet- und Pachtrecht der DDR“. Berlin (Ost) 1953, S. 183 - 189; und

Matern, Jenny: „Die Arbeit der Wohnungsverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone“. In: Arbeit und Sozialfürsorge, 4. Jg., Heft Nr. 4/1949, S. 95.

Tabelle 8

Ergebnisse des sozialrevolutionären Umbruchs durch die „Bodenreform“ in der Landwirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone 1945 – 1950

Zielgruppen der Enteignung und der Landverteilung	1. Juli 1947	1. Januar 1949	31. Dezember 1950
<u>Enteignete Personengruppen, Körperschaften und Organisationen</u> (Herkunft des beschlagnahmten Bodens)	Anzahl		
1. Enteignete Güter von Großgrundbesitzern mit einer Fläche von über 100 Hektar	6.986	7.112	7.136
2. Enteignete Bauernhöfe und Bodenflächen sog. „Kriegsverbrecher, Naziführer und Naziaktivisten“ unter 100 Hektar	3.280	4.278	4.537
3. Ländereien aus dem Besitz des Reiches, des Staates Preußen, der NSdAP, der SS, der Wehrmacht, der Siedlungsgesellschaften, der Städte und Gemeinden (Bodenstücke)	2.089	rd. 2.350 ¹⁾	2.392 ¹⁾
		in Hektar	
4. Durch Beschlagnahme von Landbesitz eroberte Bodenflächen		rd. 2.624.000	2.649.099
5. Gesamte in den „Bodenfonds“ eingebrachte Fläche ²⁾	3.041.500	rd. 3.220.000	3.298.082
6. Aus dem „Bodenfonds“ verteilte Fläche	2.051.000	2.167.602	2.189.999

Zielgruppen der Enteignung und der Landverteilung	1. Juli 1947	1. Januar 1949	31. Dezember 1950
<u>Durch die Landverteilung aus dem „Bodenfonds“ begünstigte Personengruppen</u>	Anzahl		
1. Nicht-landwirtschaftliche Arbeiter und Handwerker (Hauswirtschaftliche Zuteilungen an Gartenland)	130.881	169.427	183.261
2. Landlose Bauern (Bauernsöhne) und Landarbeiter	119.650	119.530	119.121
3. Vertriebene zumeist aus den sowjetisch besetzten deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße	83.802	89.529	91.155
4. Landarme Bauern (Landzulagen)	74.924	80.404	82.483
5. Kleinpächter ³⁾	49.138	45.403	43.231
6. Altbauern (meist Zuteilungen von Waldzulagen)	38.800	39.786	39.838
Gesamtzahl der Zuteilungsempfänger:	497.195	544.079 ⁴⁾	559.089

- 1) Die bei dieser Eigentümergruppe konfiszierte Bodenfläche umfaßte am 1. Januar 1949 rund 596.000 Hektar (ha) und am 31. Dezember 1950 648.983 Hektar.
- 2) Einschließlich des Grundbesitzes, der von den unter Pkt. 3 genannten Vorbesitzern übernommen wurde.
- 3) Kleinpächter, denen ihr bisher gepachtetes Land als Eigentum übertragen wurde.
- 4) Die nicht-landwirtschaftlichen Arbeiter und Handwerker erhielten bei der Landverteilung im Durchschnitt 0,7 ha, die landlosen Bauern und Landarbeiter 7,7 ha, die Vertriebenen 8,4 ha, die landarmen Bauern 3,4 ha, die Kleinpächter 1,0 ha und die Altbauern 1,6 ha.

- Quellen: Ulbricht, Walter: „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, Bd. I, 1. Halbband, Berlin (Ost) 1955, S. 415; dazu den Abdruck der „Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen“, ebenda, S. 406 - 413;
zur Verteilung des eroberten „Bodenfonds“ vom gleichen Autor: „Die Bauernbefreiung in der DDR“, dort den Beitrag: „Die demokratische Bodenreform - ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte“, Bd. I, Berlin (Ost) 1961, S. 101 - 132, hier S. 126;
„Handbuch der DDR“. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Staatsverlag der DDR, Berlin (Ost) 1964, S. 40 - 42;
„Bodenreform hilft Ernährung sichern“, (Bericht über eine Pressekonferenz der landwirtschaftlichen Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland in Berlin (Ost) im Hause der Sowjetjournalisten). In: Neues Deutschland vom 12. September 1947;
Dölling, H. W.: „Wende der deutschen Agrarpolitik“, Berlin (Ost) 1950, S. 177 ff., hier insbesondere S. 109;
„Abschluß der Bodenreform in der Ostzone“. In: „Neue Zeit“ vom 12. September 1947;
„Der deutsche Plan“. In: Der Freie Bauer, Halle, Nr. 28 vom 11. Juli 1948, S. 3;
Hoernle, Edwin: „Demokratische Bodenreform - Fundament des Fortschritts“. In: Der Freie Bauer, Halle, Nr. 36 vom 5. September 1948, S. 1;
Göllner, Siegfried: „Das Bauernlegen in Mitteldeutschland“. In SBZ-Archiv, 11. Jg., Nr. 7/1960, S. 97 - 101, hier S. 97/98; und
Merkel, Konrad und Eduard Schuhans: „Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. 'Sozialisierung' und Produktionsergebnisse“. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn / Berlin 1960, S. 36 - 45.

Tabelle 9

Das „Bodenreform-Bauprogramm“ der Sowjetischen Besatzungszone
Planziele und Planerfüllung bei der Errichtung von Neubauern-Wohngebäuden 1948 bis 1953

Jahr	Planziel			Planerfüllung ¹⁾	
	Anzahl der pro Jahr geplanten Neubauten bei Wohngebäuden ²⁾	Überhang aus den Vorjahren	Programmziel insgesamt (einschließlich Überhänge)	Anzahl der errichteten Wohngebäude	Planerfüllung in % des Programmziels
Ermittelter Bedarf bei Wohngebäuden für die Neubauern: 145.359 ³⁾					
1946	.	.	.	1.793	.
1947	30.000	.	.	ca. 8.000	.
1948	37.000 ^{4) 5)}	.	37.000 ^{4) 5)}	25.246 ⁶⁾	68
1949	28.150	6.250	34.400	19.557 ⁶⁾	57
1950	16.400	14.000 ⁷⁾	30.400	11.826	39
1951	10.000	17.100 ^{8) 9)}	27.100	13.467	50
1952	17.000	12.000	29.000	10.236	35

Jahr	Planziel			Planerfüllung ¹⁾	
	Anzahl der pro Jahr geplanten Neubauten bei Wohngebäuden ²⁾	Überhang aus den Vorjahren	Programmziel insgesamt (einschließlich Überhänge)	Anzahl der errichteten Wohngebäude	Planerfüllung in % des Programmziels
1953		4.964 ¹⁰⁾	4.964 ¹⁰⁾	4.367	88
1948-1950	Planziel der 1. Etappe des Programms = 101.800			56.629	56
1948-1953	Planziel der 1. und 2. Etappe des Programms = 162.264			84.699	52

- 1) Die hier sorgsam recherchierten Planerfüllungsergebnisse müssen mit Skepsis betrachtet werden. Sie bieten wahrscheinlich ein zu günstiges Bild der tatsächlich erreichten Ergebnisse.
- Die Ermittlung zutreffender Planerfüllungsergebnisse war schon während der Laufzeit des „Neubauernbauprogramms“ äußerst schwierig. Häufig lieferten die Landkreise und ihre Bauverwaltungen aus Furcht vor den Repressalien der sowjetischen Besatzungsmacht und aus Angst vor den Bestrafungen durch zonale Instanzen den zuständigen Wirtschaftsbehörden in den Ländern und auf der Zonenebene (Haupt- oder Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge) geschönte Ergebnisse. Dies führte zu ständigen Korrekturen der Planerfüllungsmeldungen. Die wohlfeile Chance zur Schönung von Planerfüllungsergebnissen hatte die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) selber den örtlichen Bauleitungen durch Gesetz geliefert. So heißt es in den „Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die Errichtung von Neubauerngehöften“: „Ein Bau gilt als beendet, wenn von den neuen Gebäuden aus die Bewirtschaftung des Hofes aufgenommen werden kann, auch wenn noch Teile des inneren Ausbaues (Installationen, Verputz, Dachkammerausbau usw.) oder auch der Stall- und Scheunenteil noch nicht den endgültigen Ausbauzustand erreicht haben“. Dieser vage Fertigstellungsbegriff bescherte den örtlichen Verwaltungen einen gern genutzten weiten Ermessensspielraum.
- Die Wissenslücken bei den zonalen Verwaltungen in Berlin (Ost) über die tatsächlichen Fertigstellungsergebnisse vergrößerten sich noch dadurch, daß die einzelnen Fachabteilungen der SMAD ihre deutschen Verwaltungshelfer auf Zonen- und Länderebene dazu verpflichteten, ihr Wissen über die Wohnungsnot im Lande und über die Ergebnisse der Wohnungsbautätigkeit selbst gegenüber anderen Regierungsstellen strikt geheimzuhalten. Demgemäß heißt es in einem

Schreiben des Präsidenten der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Brack, an die SMAD (Abteilung 'Arbeitskraft', Herrn Morenow) vom 12. September 1949: „Die Überwachung der Erfüllung des Bauprogrammes für die Neubauern nach Befehl Nr. 209 ist Aufgabe der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft. Auf Anordnung der Abteilung Landwirtschaft der SMAD sind die Angelegenheiten als geheime Verschlusssachen zu behandeln. Es war daher nicht möglich, nähere Einzelheiten zu erfahren. Nach Zeitungsmeldungen sind im Jahre 1948 34.360 Wohnhäuser für die Neubauern errichtet worden. [Unzutreffend! Der Verf.] Die Nutzfläche an Wohnraum beträgt für jede Wohnung 50 qm. Somit stellt sich der Gewinn insgesamt auf 1.718.000 qm Nutzfläche oder etwa 1.300.000 qm Wohnfläche ohne

Nebenräume. Diese Zunahme kommt nicht voll zur Geltung, weil die Schlösser und Herrenhäuser der früheren Großgrundbesitzer in weitem Maße abgerissen worden sind und dadurch ein Verlust von Wohnraum eingetreten ist. Immerhin ist eine leichte Entspannung der Wohnungsverknappung auf dem Lande eingetreten. Im Jahre 1949 sollen nach dem Volkswirtschaftsplan 28.150 Wohnhäuser für Neubauern errichtet werden. Das ergibt einen Zugang von 1.407.500 qm Nutzfläche oder rd. 1.056.000 qm Wohnfläche ohne Nebenräume. Der Abriß der Herrenhäuser wird fortgesetzt.“

BArch, DQ 2 4000.

Siehe ferner die „Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die Errichtung von Neubauerngehöften“ vom 28. Juli 1948. ZVOBl., Nr. 48/1948, S. 490.

- 2) Zur Kategorie „Neubauern-Wohnhäuser“ wurden im Jahre 1948/49 Einzelwohnhäuser und Eindachtypen gerechnet (= Neubauern-Wohnhaus mit angebauter Scheune und einem Stall unter einem Dach). Ab 1950 zählen zu dieser Plan- und Erfassungsgröße Einzelwohnhäuser, Eindachtypen und „Kernbauten“. Als „Kernbauten“ wurden ein Zwei-Zimmer-Haus (Wohnküche und Schlafzimmer) mit angehängtem Behelfsstall bezeichnet. Diese Kernbauten sollten später durch Um- und Ausbauten zu einem wirklichen Kleinbauern-Gehöft erweitert werden. Die Umorientierung eines erheblichen Teils der Bauaktivitäten auf den Bautyp „Kernbauten“ war mit einer deutlichen Qualitäts- und Funktionsminderung der ursprünglich einmal beschlossenen Typen von Neubauerngehöften verbunden.
- 3) Diese Bedarfsgröße wurde ausgehend von einer Zahl von 210.000 Neubauern Ende 1947 ermittelt (Vertriebene, landlose Bauern und Landarbeiter). Wieviel der rund 82.500 landarmen Bauern zum gleichen Zeitpunkt keine eigenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude besaßen, ist nicht bekannt. Ihr Bedarf an Wohnhäusern wird hier nicht berücksichtigt. Dieser unbe-

kannte Bedarf an Wohnraum und Wohnhäusern, der sicher vorhanden war, müßte der oben ausgewiesenen Bedarfsziffer noch hinzuaddiert werden.

- 4) Angestrebt wurde ein Neuzugang von 37.000 kompletten Kleinbauernhöfen. Da in einer geringen Zahl von Fällen zur Schaffung eines vollständigen Gehöftes lediglich die noch fehlenden Ställe gebaut werden mußten, liegt die Zahl der neu-geplanten Wohngebäude etwas niedriger als die Zahl von 37.000 Kleinbauernhöfen.
- 5) Von den im Lande Brandenburg für das Jahr 1948 geplanten 10.000 Neubauernhäusern wurden etwa 2.000 „Eindachtypen“ und 1.325 Einzelwohnhäuser fertiggestellt (Planerfüllung = 33,3 vH).
Im Widerspruch zu diesen aus den Akten ermittelbaren Ergebnissen verkündete der Minister des Innern des Landes Brandenburg, Bernhard Bechler (SED), am 30. Dezember 1948, daß „*Brandenburg sein Soll von 10 000 Wohngebäuden nicht nur erfüllt, sondern [mit 10 047 Wohngebäuden] übererfüllt hat*“.
Vgl. „Rechenschaftsbericht des Ministers des Innern des Landes Brandenburg, Bernhard Bechler, über die Ergebnisse des Baujahres 1948 in Erfüllung des SMAD-Befehls Nr. 209“. In: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949“, Berlin (Ost) 1968, S. 723/24.
- 6) Unter den hier ausgewiesenen „Wohngebäuden“ befanden sich auch ein hoher Anteil an Wohnungen, die nicht durch die Neuerrichtung von Wohnhäusern, sondern durch den Um- und Ausbau von Bauernhäusern, Scheunen und Ställen geschaffen worden waren. Dieser Zuwachs an Wohnungen wurde später in der amtlichen Statistik der DDR im Statistischen Jahrbuch nicht als Neubauten gezählt, sondern zu den durch Um- und Ausbau gewonnenen Wohnungen gerechnet.
- 7) In das Planjahr 1950 übernahm die Wirtschaftsverwaltung einen „akzeptierten Überhang“ von 6.468 nicht-fertiggestellten Wohnbauten (Einzelwohnhäuser und Eindachtypen) aus dem Jahre 1949. Diese Bauten sollten auf jeden Fall vollendet werden. Die restlichen 7.532 „Überhangbauten“ steckten noch derart in den Anfängen oder waren wegen fehlender Baustoffe stillgelegt worden, daß auch für das Jahr 1950 nicht damit gerechnet wurde, sie noch in diesem Planjahr schlüsselfertig übergeben zu können.

- 8) Das Planjahr 1951 wurde mit einem „akzeptierten Überhang“ von insgesamt 12.478 nicht-fertiggestellten Wohnbauten aus den Jahren 1949/50 belastet. Diese teilweise fertigen Vorhaben sollten auf jeden Fall zu Ende gebaut werden. Bei den restlichen 4.622 „Überhangbauten“ wurde schon bei der Festlegung des Planziels für 1951 damit gerechnet, daß sie auch in diesem Planjahr voraussichtlich nicht fertiggestellt werden könnten.
Ein Vergleich des „Aufholziels“ bei den „akzeptierten Überhangbauten“ mit der tatsächlich erreichten Fertigstellungsleistung im Jahre 1951 (= 13.467 Wohngebäude) zeigt, daß nur sehr wenige derjenigen Neubauern-Wohngebäude fertiggestellt worden sein können, die für dieses Planjahr neu konzipiert worden waren.
- 9) Im Planjahr 1951 sollten neben dem Abbau der „Überhänge“ aus den Jahren 1949/50 zusätzlich 10.000 neue Wohnhäuser und 12.000 Ställe gebaut werden. Drei Monate vor Ablauf des Planjahres waren von diesem Plankontingent nur 240 Wohnhäuser (Planerfüllung = 2 %) und 470 Ställe (Planerfüllung = 4 %) fertiggestellt worden. Bei 5.876 der für 1951 neu geplanten 10.000 Wohnhäuser war im Oktober 1951 noch nicht einmal mit dem Rohbau begonnen worden.
- 10) Diese Planzahl umfaßt ausschließlich „Überhänge“ aus den Vorjahren, die, um das Neubauernbauprogramm abzuschließen, im Jahre 1953 noch fertig gestellt werden sollten. Unter diesen Gebäuden befindet sich auch ein kleiner Teil Einzelställe, so daß die Zahl der geplanten Neubauern-Wohnhäuser etwas niedriger liegt.

Quellen: Akten der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und des Ministeriums für Aufbau, hier u.a. die tabellarische Übersicht über den Stand des Bodenreformbauprogramms 1951 vom 31. Oktober 1951, die tabellarische Erfassung der Bauüberhänge aus dem Jahre 1952, Stand: 25. August 1953, und die „Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955“, Berlin (Ost), vom 13. März 1956. Bundesarchiv, DH 1 39 242, DH 1 39 250, DQ 2 4000 und DH 1 39 284;
Faber, Dorothea: „Die Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone“. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S. 15 - 19 und S. 50;
Meinecke, Wolfgang: „Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR“. In: Wille, Manfred/ Hoffmann Johannes und Meinecke, Wolfgang (Hrsg.): „Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“. Wiesbaden 1993, S. 55 - 85, hier S. 72/73 und S. 79; und

Ther, Philipp: „Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ / DDR und in Polen 1945 - 1956“. Göttingen 1998, S. 175 ff., S. 179 ff. und S. 206 ff.

Tabelle 10

Ermittelte Nutzung und von der kommunistischen Führung vorgesehenes Schicksal
der Schlösser, Herrenhäuser und Gutsanlagen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
im ersten Halbjahr 1948 ¹⁾

Nutzungsart	Mecklenburg	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	SBZ
Zum Abbruch bestimmt	774	600	90	298	198	1.960
Genutzt als Schulen, Alten- und Pflegeheime	415	188	272	150	125	1.150
Belegt durch Flüchtlinge und Vertriebene (Neubauern)	444	159	1.440,5	184	133	2.360,5
Genutzt als öffentliche Gebäude ²⁾	150	72	390,5	114	48	774,5
Genutzt als Krankenhäuser, Isolierstationen, TBC-Genesungsheime	4	6	26	18	5	59
Besetzt von der Roten Armee	14	24	9	-	-	47
Unter Denkmalschutz gestellt	33	14	-	20	11	78
Künftige Nutzung noch nicht entschieden	1	3	44	-	9	57
Insgesamt	1.835	1.066	2.272	784	529	6.486

- 1) Die Sammlung dieser Daten erfolgte auf Befehl der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland (SMAD) vom 11. Februar 1948. Sämtliche Mitteilungen der Länder, die sich auf die Erhebungen in den einzelnen Kreisen stützten, wurden an die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in Ostberlin gesandt und dort ausgewertet (Nachfolgeinstitution der seit dem 14. Juni 1947 umgebildeten zonalen Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft / DVfLuF). Die Meldung des Landes

Mecklenburg an die DWK / Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft erfolgte am 10. März 1948, die des Landes Brandenburg am 2. Juni 1948, die des Landes Sachsen-Anhalt am 4. März 1948, die des Landes Sachsen am 1. April 1948 und die des Landes Thüringen am 1. März 1948. Die für die SMAD erarbeitete Übersicht wurde am 4. Juni 1948 fertiggestellt.

- 2) Darunter Bürgermeisterämter, Gemeindeverwaltungen, Niederlassungen der Arbeits-, Sozialfürsorge-, Wohnungs- und Gesundheitsämter, Polizei- und Feuerwehrestationen, Kulturhäuser und Parteibüros.

Quelle: Aktenbestand der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (1945 – 1947) und der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DWK (1948 – 1949). BArch, DK 1 8418 – 8419, Bl. 21.

Eigentum befindliche Erbe von teilweise hohem bauhistorischen und kulturellen Wert zu erhalten und zu modernisieren, wurde diese Bausubstanz zugunsten des Industriebaus, zugunsten von Rüstungsbauten, zugunsten des Neu- und Ausbaus von Verwaltungsgebäuden und zugunsten der Errichtung von einzelnen städtebaulichen Propaganda- und Überlegenheitsymbolen vernachlässigt. Die systembedingt unzureichenden Selbsthilfeleistungen der machtlosen privaten Hauseigentümer und Wohnungsinhaber konnten den Verfall der Altbausubstanz nicht stoppen. Im Jahre 1965 bestanden in Berlin (Ost) rund 453.000 Wohnungen. Wie eine vom Ostberliner Magistrat 1964/65 durchgeführte Untersuchung ergab, waren von diesem Bestand 210.000 Wohnungen baufällig (46 %). Außerdem war ein weiteres Kontingent von 143.000 Wohnungen (32 %) bereits so weit herunterkommen, daß die dazu gehörenden Wohnungen „ständiger Reparaturen“ bedurften.²⁸⁴

284

Vgl. hierzu die Erklärungen des Leiters des Bereichs Bauwesen und Investitionen des Magistrats von Berlin (Ost) über die Probleme der „Hauptstadt“ auf dem Gebiet der „komplexen Instandsetzung sowie der Werterhaltung und Modernisierung von Wohnraum“. In: Der Morgen. Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, 21. Jg., Nr. 63 vom 16. März 1965, S. 8.

Tabelle 1

Verteilung der Bauleistung der Bauwirtschaft der DDR (ohne Bauhandwerk) auf Betriebe verschiedener Eigentumsformen
1950 – 1962

Jahr	Bauproduktion insgesamt ¹⁾	in %		
		Volkseigene Betriebe	Private Baubetriebe	Halbstaatliche Betriebe
1948	100	·	·	·
1949	100	·	·	·
1950	100	55,2	44,8	·
1951	100	·	·	·
1952	100	·	·	·
1953	100	·	·	·
1954	100	·	·	·
1955	100	76,1	23,9	·
1956	100	·	·	·
1957	100	·	·	·
1958	100	81,2	13,9	4,9
1959	100	83,3	6,8	9,9
1960	100	84,4	4,2	11,4
1961	100	84,9	3,1	12,0
1962	100	85,3	2,5	12,2

1) Die Bauproduktion umfaßte alle Rohbau- und Ausbauleistungen einschließlich der Entrümmungsarbeiten. Zur Bauproduktion gehörte auch das Einrichten und Räumen von Bau stellen.

Tabelle 2

Bauleistungen (Bau- und Montageproduktion) der Betriebe verschiedener Eigentumsformen der Bauwirtschaft der DDR
(Bauindustrie ohne Bauhandwerk) für den Wohnungsbau 1953 – 1972

Jahr	Bauproduktion insgesamt	Beitrag der Betriebe einzelner Eigentumsformen zur Bauproduktion für den Wohnungsbau					
		Staatliche Be- triebe	Halbstaatliche Betriebe	Private Betrie- be	Staatliche Be- triebe	Halbstaatliche Betriebe	Private Betrie- be
		in 1000 Mark			in %		
1953	517.848	446.211	-	71.637	86,2	-	13,8
1954	593.859	499.810	-	94.049	84,2	-	15,8
1955	664.774	564.543	-	100.231	84,9	-	15,1
1956	716.928	623.735	-	93.193	87,0	-	13,0
1957	729.706	637.522	6.699	85.485	87,4	0,9	11,7
1958	784.470	694.486	22.865	67.119	88,5	2,9	8,6
1959	982.353	887.098	53.651	41.604	90,3	5,5	4,2
1960	1.433.200	1.334.153	75.383	23.664	93,1	5,2	1,7
1961	1.288.403	1.210.426	63.828	14.149	93,9	5,0	1,1
1962	1.298.397	1.227.516	58.601	12.280	94,5	4,5	1,0
1963	1.225.889	1.159.283	55.592	11.014	94,6	4,5	0,9
1964	1.220.861	1.173.112	41.539	6.210	96,1	3,4	0,5
1965	1.214.538	1.159.232	49.738	5.568	95,4	4,1	0,5
1966	1.210.950	1.146.514	59.688	4.748	94,7	4,9	0,4
1967	1.650.778	1.560.669	83.500	6.609	94,5	5,1	0,4
1968	1.789.814	1.677.331	105.127	7.356	93,7	5,9	0,4
1969	1.989.916	1.870.328	112.865	6.723	94,0	5,7	0,3
Jahr	Bauproduktion	Beitrag der Betriebe einzelner Eigentumsformen zur Bauproduktion für den Wohnungsbau					

	insgesamt	Staatliche Be- triebe	Halbstaatliche Betriebe	Private Betrie- be	Staatliche Be- triebe	Halbstaatliche Betriebe	Private Betrie- be
		in 1000 Mark			in %		
1970	2.098.847	1.967.894	123.736	7.217	93,8	5,9	0,3
1971	2.170.471	2.038.900	125.696	5.875	93,9	5,8	0,3
1972	2.475.661	2.474.795	832	34	100,0	0,0	0,0

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 318.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 377.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, S. 362/363.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1963, S. 363.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1964, S. 214.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 228.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 166.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, S. 155.

Tabelle 3

Aufteilung des staatlichen Wohnungsbaus im ersten Fünfjahrplan der
DDR 1951 – 1955 auf einzelne Territorien und staatlich festgelegte Schwerpunkte der Bautätigkeit

Territorien/ Schwerpunkte der Bautätigkeit	Neugebaute oder durch Instandsetzung, Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen ¹⁾	Aufteilung der Wohnungsbauaktivitäten auf Territorien und Schwerpunkte der Bautätigkeit -
	Anzahl	in %
1. Bezirke der DDR (ohne Berlin / Ost) ²⁾	65.357	63,7
2. Berlin (Ost) (Aubauprogramm des Nationalen Aufbauwerks, darunter Bau der Stalinallee)	14.093	13,7
3. Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) ³⁾	2.942	2,9
4. Erzbergbauggebiet (Bereich der Uran-gewinnung der SAG Wismut)	10.036	9,8
5. Sonstige Schwerpunkte der Bautätig-keit (Sonderbauprogramme) ⁴⁾	2.544	2,5
6. Errichtung von Dienst- und Werks-wohnungen für die SED-Parteiver-waltung, den Staatsapparat, die Wirt-schaftsbehörden, das Offizierskorps der allgemeinen und der Kasernierten Volkspolizei und für politisch ausge-wählte „Kulturschaffende“	7.547	7,4
Insgesamt	102.519	100,0

- 1) Diese Erfassungsgröße umfaßt auch die Wiedergewinnung von zweckentfremdet genutzten Wohnungen durch Renovierung, Um- und Ausbau.
- 2) Unter der Rubrik „Bezirke“ wurde auch der nach dem „Aufbaugesetz“ festgelegte vorrangige Wiederaufbau der *Stadtzentren* von Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz und Dessau erfaßt.
- 3) Seit 1951 wurde 3 Kilometer östlich von Fürstenberg / Oder eine Wohnstadt für das neue Eisenhüttenkombinat / Ost (EKO) errichtet (Roheisen- und Stahlhütte mit angeschlossenen Walzwerken). Diese zur „ersten sozialistische Stadt“ ausgerufene Wohnstadt sollte eine Vorbildfunktion für die Städtebaupolitik der DDR ausüben.
Der erste von zunächst 3, später 6, Hochöfen des EKO wurde am 19. September 1951 gezündet. Im Zuge der Umbenennung des EKO in „J. W. Stalin“ im Jahre 1953, wurde die Wohnstadt zum Stadtkreis erhoben und am 7. Mai 1953 „Stalinstadt“ getauft. Als Folge der Entstalinisierung ab 1956 kam es zu einer erneuten Namensänderung. Die SED-Führung vereinigte „Stalinstadt“ mit Fürstenberg /Oder und gab der neuen, größeren Stadt am 13. November 1961 den Namen „Eisenhüttenstadt“.
- 4) Zu diesen Sonderbauprogrammen gehörten u. a. die speziellen Wohnungsbauprogramme für die Werftstädte Rostock, Warnemünde, Wismar und Stralsund, für die VEB Braunkohlenkokerei Lauchhammer (dort wurde hüttenfähiger Braunkohlenkoks hergestellt) und das Mansfelder Bergbauggebiet für die Gewinnung von Kupfererzen.

Quelle: Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauteilen, Abteilung Wohnungsbau: „Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955“, Berlin (Ost), vom 13. März 1956. Das Dokument ist als „Vertrauliche Verschlusssache“ klassifiziert, unterschrieben wurde es vom Hauptabteilungsleiter Siewert. Die Analyse umfaßt 9 Seiten mit Anlagen. BArch, DH 1 39 284; dazu weitere Planerfüllungsanalysen des Ministeriums für Aufbau aus den Jahren 1949-1956 an gleicher Fundstelle. Ferner das „Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und der Hauptstadt Deutschlands Berlin“ vom 6. September 1950. GBl. der DDR, Nr. 104/1950, S. 965-967.

Tabelle 4**Träger des Wohnungsbaus in der DDR 1950 – 1955**

Überblick über die Bauaktivitäten der einzelnen Bauträger in den ersten sechs Jahren nach der Staatsgründung ¹⁾

Träger des Wohnungsbaus		
	Anzahl	in %
7. Staat	121.419 ²⁾	50,7
8. Private Haushalte und Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften privatwirtschaftlichen Typs	68.081	28,4
9. Private Bausparer (ab 1955)	214	0,1
10. Werktätige im Rahmen des individuellen Arbeiterwohnungsbaus	4.305	1,8
11. Sozialistische Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) (ab 1954)-	3.235	1,4
12. Neubauern im Rahmen des Bodenreform-Wohnungsbauprogramms	39.896	16,6
13. Bautätigkeit der MAS / MTS ³⁾ und der LPG (LPG-Hauswirtschaften)	2.267	1,06
Insgesamt	239.487	100,0

- 1) Das Bauergebnis für die sechs Jahre umfaßt die neu gebauten und die durch Instandsetzung (Wiederbewohnbarmachung), Um- und Ausbau hinzu gewonnenen Wohnungen.
Durch Neubauten wurden im Zeitraum von 1950 - 1955 67,5 % der zusätzlichen Wohnungen geschaffen. Die restlichen fertiggestellten Wohnungen (= 32,5 %) entstanden durch Instandsetzung oder durch den Um- und Ausbau von Wohnungen.

- 2) Einschließlich der 1950 nachgemeldeten 1 000 neuen Dienstwohnungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern (MdI) und für einige weitere Geschäftsbereiche des zentralen Staatsapparates (Wohnungen für Offiziere der Volkspolizei, Staatsfunktionäre, Neulehrer).
- 3) MAS = Maschinen-Ausleih-Stationen; MTS = Maschinen-Traktoren-Stationen.
Die im November 1948 im Zusammenhang mit der Bodenreform errichteten „Maschinen-Ausleih-Stationen“ wurden nach sowjetischem Vorbild im Herbst 1952 in „Maschinen-Traktoren-Stationen“ umbenannt. Durch die im Dezember 1950 angeordnete Konzentration dieser Landmaschinenparks zu größeren Betriebseinheiten wertete die Wirtschaftsführung der DDR die MAS / MTS zugleich zu „selbständig planenden und bilanzierenden Einheiten der volkseigenen Wirtschaft“ auf. Vgl. die „Anordnung über die Gründung der ‚Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen‘“ (Beschluß der DWK) vom 10. November 1948. ZVOBl. 1948, S. 525 ; und die „Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen“ vom 14. Dezember 1950. GBl. der DDR Nr. 140/1950, S. 1.197-1.198.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, darunter Statistisches Jahrbuch 1990, S. 51; und Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau: Erfüllung im gesamten Wohnungsbau 1950. Schreiben an die Deutsche Investitionsbank (DIB) vom 14. September 1954. Streng vertraulich. BArch, DH 1 39 284; Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau: Gesamter Wohnungsbau der DDR (einschließlich Berlin und Sonderprogramme), Übersichtsdarstellung vom 28. März 1955. Geheime Verschlusssache. BArch, DH 1 39 284; Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau: Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, Berlin (Ost), vom 13. März 1956. Das Dokument wurde als „Vertrauliche Verschlusssache“ klassifiziert. Unterschrieben wurde dieser Ergebnisbericht vom Hauptabteilungsleiter Siewert. Die Analyse umfaßt 9 Seiten mit Anlagen, BArch, DH 1 39 284; und Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone“. In: SBZ Archiv, 11. Jg., 1960, Heft 18, S. 279-283.

Tabelle 5Träger des Wohnungsbaus in der DDR 1950, während der Jahre des ersten Fünfjahrplanes 1951 – 1955 und 1956¹⁾

Träger des Wohnungsbaus	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	Anzahl						
1. Staat	16.182 ²⁾	21.026	10.943	22.309	30.084	20.875	17.342
2. Private Haushalte und Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften privatwirtschaftlichen und ab 1956 sozialistischen Typs	2.914	25.272	25.972	5.620	4.284	4.019	4.238
3. Private Bausparer (ab 1955)	-	-	-	-	-	214	400 ⁶⁾
4. Werktätige im Rahmen des individuellen Arbeiterwohnungsbaus	-	-	-	-	300	4.005	2.795
5. Sozialistische Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) (ab 1954) ³⁾	-	-	-	-	10	225	4.922
6. Neubauern im Rahmen des Bodenreform-Wohnungsbauprogramms	11.826	13.467	10.236	4.367	-	-	-
7. Bautätigkeit der MAS / MTS ^{4) 5)} und der LPG (LPG-Hauswirtschaften)	70	1.275	438	-	62	492	3.152
8. Insgesamt	30.992	61.040	47.589	32.296	34.740	32.830	32.849

- 1) Das Bauergebnis umfaßt die neugebauten und die durch Rundum-Instandsetzung (Wiederbewohnbarmachung), Um- und Ausbau hinzu gewonnenen Wohnungen.

Durch den Neubau von Wohnungen wurden im Zeitraum von 1950 - 1955 67,5 % der zusätzlichen Wohnungen geschaffen. Die restlichen 32,5 % sind durch Instandsetzung oder durch den Um- und Ausbau von Wohnungen hinzu gewonnen worden.

- 2) Einschließlich der nachgemeldeten 1.000 Dienstwohnungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern (MdI) und für einige weitere Geschäftsbereiche des zentralen Staatsapparates (Wohnungen für Offiziere der Volkspolizei, Staatsfunktionäre, Neulehrer).
- 3) Siehe zu dieser Kategorie der Bauherren die „Verordnung über die Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaus“ vom 4. März 1954. GBl. der DDR, Nr. 27/1954, S. 253-256.
Dazu ferner die „Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und die Rechte der Gewerkschaften“ vom 10. Dezember 1953. GBl. der DDR, Nr. 129, S. 1219-1226.
- 4) MAS = Maschinen-Ausleih-Stationen; MTS = Maschinen-Traktoren-Stationen. Die im November 1948 im Zusammenhang mit der Bodenreform errichteten „Maschinen-Ausleih-Stationen“ wurden nach sowjetischem Vorbild im Herbst 1952 in „Maschinen-Traktoren-Stationen“ umbenannt. Durch die im Dezember 1950 angeordnete Konzentration dieser Landmaschinenparks zu größeren Betriebseinheiten wertete die Wirtschaftsführung der DDR die MAS / MTS zugleich zu „selbständig planenden und bilanzierenden Einheiten der volkseigenen Wirtschaft“ auf.
Vgl. die „Anordnung über die Gründung der ‚Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen‘“ (Beschluß der DWK) vom 10. November 1948. ZVOBl. 1948, S. 525; und die „Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen“ vom 14. Dezember 1950. GBl. der DDR Nr. 140/1950, S. 1197/98.
- 5) Nach der von der amtlichen Statistik der DDR angewendeten Systematik der Aufgliederung der Wohnungsbauleistungen auf einzelne Bauträger unterschiedlicher Eigentumsform wurden die Ergebnisse der Wohnungsbautätigkeit der LPG nicht zur Erfassungskategorie „genossenschaftlicher Wohnungsbau“ gerechnet.
Vgl. Statistisches Bundesamt: DDR-Statistik. Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik in der DDR 1949 bis 1990. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 34, Wiesbaden 1999, S. 219.
- 6) Geschätzt.

Quellen:

Statistische Jahrbücher der DDR, darunter Statistisches Jahrbuch 1990, S. 51; und Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauteilen, Abteilung Wohnungsbau: Erfüllung im gesamten Wohnungsbau 1950. Schreiben an die Deutsche Investitionsbank (DIB) vom 14. September 1954. Streng vertraulich. BArch, DH 1 - 39 284;

Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauteilen, Abteilung Wohnungsbau: Gesamter Wohnungsbau der DDR (einschließlich Berlin und Sonderprogramme), Übersichtsdarstellung vom 28. März 1955. Geheime Verschlusssache. BArch, DH 1 - 39 284;

Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauteilen, Abteilung Wohnungsbau: Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, Berlin (Ost), vom 13. März 1956. Das Dokument ist als „Vertrauliche Verschlusssache“ klassifiziert. Unterschrieben wurde der neun Seiten umfassende Ergebnisbericht vom Hauptabteilungsleiter Stewert. BArch, DH 1 - 39 284;

Deutsche Bauakademie der DDR, BArch, DH 2, DBA, / A / 292;

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung der DDR. Abteilung Wohnungswesen: Bericht über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Lenkung des Wohnraumes in der DDR vom 7. Januar 1955. Der Bericht umfaßt 34 Seiten und wurde vom Abteilungsleiter Stechert unterschrieben. BArch, DQ 2 / 888; siehe ferner aus dem gleichen Archivbestand: Erfüllung des Arbeiterwohnungsbaues im Jahre 1956. Ohne Datumsangabe. BArch, DQ 2 - 3996; und ebenfalls aus diesem Bestand: Bericht über die Erfüllung der Maßnahmen, die sich aus dem Volkswirtschaftsplan 1956 auf dem Gebiet der Wohnraumlenkung ergeben (Stand 31. 12. 1956) vom 15. Juni 1957. BArch, DQ 2 - 3996.

Dazu Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone“. In: SBZ Archiv, 11. Jg., 1960, Heft 18, S. 279-283.

Tabelle 6

Neubau von Wohnungen in der DDR
aufgeteilt nach Bauherren verschiedener Eigentumsformen
1955 bis 1973¹⁾

Jahr	Neugebaute Wohnungen insgesamt	Davon errichtet durch		
		Staatliche Bauherren	Sozialistische Wohnungsbau-genossenschaften ²⁾	Private Bauherren ³⁾
	Anzahl	in %		
1955	29.736	45,0	10,8 ⁴⁾	44,2 ⁵⁾
1956	31.294	50,7	14,1 ⁴⁾	35,2 ⁵⁾
1957	45.702	32,5	12,8 ⁴⁾	54,7 ⁵⁾
1958	49.561	32,3	15,6 ⁴⁾	52,0 ⁵⁾
1959	67.314	13,5	17,8 ⁴⁾	52,0 ⁵⁾
1960	71.857	19,8	27,4 ⁴⁾	52,8 ⁵⁾
1961 ⁶⁾	85.580	18,7	34,6	47,7
1965	58.303	55,0	34,2	10,7
1970	65.786	79,4	20,6	0,0
1971	64.911	79,3	17,3	3,4
1972	69.552	68,4	28,1	3,5
1973	80.725	61,2	32,4	6,4

- 1) Infolge der rigorosen Geheimhaltung der DDR-Regierung kann hier nur eine lückenhafte Aufteilung der Neubauergebnisse auf einzelne Bauträger verschiedener Eigentumsform geboten werden.
- 2) Ergebnis der Neubauaktivitäten der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften (GWG).
- 3) Zu dieser Gruppe gehören die privaten Haushalte, die Bausparer und die Werktätigen im individuellen Arbeiterwohnungsbau.
- 4) Wohnungsneubau nur durch Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG).

Tabelle 7

Wohnungsbau in der DDR aufgeteilt nach Bauherren
verschiedener Eigentumsformen 1950 - 1965

Jahr	Zugewinn von Wohnungen durch Neubau, Um- und Aus- bau sowie durch Instand- set- zungsmaßnah- men zur Wie- derbewohnbar- machung	Davon errichtet durch ¹⁾		
		Staatliche Bau- herren	Sozialistische Wohnungsbau- genossenschaf- ten	Private Bauher- ren und Son- stige
	Anzahl	in %		
1950	30.992	52,2	-	47,8 ²⁾
1951	61.040	34,4	-	65,6 ²⁾
1952	47.589	23,0	-	77,0 ²⁾
1953	32.296	69,1	-	30,9 ²⁾
1954	34.740	86,6	-	13,4 ²⁾
1955	32.830	63,6	9,8 ⁴⁾	26,6 ²⁾
1956	31.294	50,7	14,1 ⁴⁾	32,3 ²⁾
1957	61.125	.	12,7 ⁴⁾	.
1958	63.466	.	23,2 ⁴⁾	.
1959	79.953	40,0 ³⁾	39,3 ⁴⁾	41,4 ^{2) 3)}
1960	80.489	35,0	50,4 ⁵⁾	14,6 ⁶⁾
1961	92.009	27,0	58,8 ⁵⁾	14,0 ⁶⁾
1962	87.249	31,0	58,1 ⁵⁾	10,9 ⁶⁾
1963	75.968	36,0	53,0 ⁵⁾	11,0 ⁶⁾
1964	76.615	.	39,8 ⁵⁾	.
1965	68.162	64,2	30,8 ⁵⁾	5,0 ⁶⁾

- 1) In Bezug auf die Aufteilung der hinzugewonnenen Wohnungen auf einzelne Bauträger verschiedener Eigentumsform war die amtliche Statistik der DDR in den 35 Jahren ihrer Berichterstattung stets sehr lückenhaft. Hinzu kommt, daß die Bezugsbasis für die Anteilsangaben verschiedentlich gewechselt wurde (Neubau oder Neubau plus Um- und Ausbau sowie Wiederinstandsetzung). Außerdem fanden auch zwischen den einzelnen Gruppen von Bauherren Umgruppierungen statt.
- 2) Einschließlich der Wohnungsbauaktivitäten der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften privatwirtschaftlichen und ab 1956 sozialistischen Typs (GWG), des individuellen Arbeiterwohnungsbaus, des Boden-

reform-Wohnungsbauprogramms durch Neubauern (darunter Vertriebene / Aussiedler), der Bautätigkeit der MAS / MTS und der privaten Hauswirtschaften der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

- 3) Geschätzt
- 4) Nur Wohnungsbau der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG)
- 5) Vom Jahre 1960 an umfaßt die Bauherrengruppe „genossenschaftlicher Wohnungsbau“ den Wohnungsbau der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) und den Wohnungsbau der zahlenmäßig verminderten, „sozialistisch“ umgeformten Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften (GWG).
- 6) Ab 1960 wird in diesen Anteilsangaben nur noch der Leistungsbeitrag privater Bauherren zum Wohnungsbau ausgewiesen (einschließlich Bausparer, Werkträger im individuellen Arbeiterwohnungsbau und Kirchen).

Quellen: Der Ermittlung der Neubauleistungen und der Berechnung der Anteile wurden die nach dem Untergang der SED-Diktatur korrigierten Angaben der Wohnungsbaustatistik zugrunde gelegt. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1964, S. 225; dazu Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone“. In: SBZ Archiv, 11. Jg., 1960, Heft 18, S. 279-283; Wagner, Richard (Staatliche Plankommission der DDR): „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR“. In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 13. Jg., 1964, Heft 9, S. 570-575, hier S. 571; Buck, Hannsjörg/ Schröder, Diana: „Wohnungsbau und Wohnungsbaufinanzierung in der Sowjetzone (SBZ)“, WWI-Studien Heft Nr. 11, Köln 1965, S. 26; Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR.“ Düsseldorf 1972, S. 66/67; und

Ministerrat der DDR und Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik.“ Teil 3. Berlin (Ost) 1980, S. 126-140; und Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau: „Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955“, Berlin (Ost), vom 13. März 1956. Das Dokument ist als „Vertrauliche Verschlusssache“ klassifiziert. Unterschrieben wurde der Bericht vom Hauptabteilungsleiter Siewert, die Analyse umfaßt 9 Seiten mit Anlagen, BAArch, DH 1 39 284.

- 5) Einschließlich Wohnungsneubau durch die Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften privatwirtschaftlichen und ab 1956 sozialistischen Typs (GWG).
- 6) Ab 1963 bis Anfang der 70er Jahre wurden im Statistischen Jahrbuch der DDR keine Angaben mehr über die Zahl der neu gebauten Wohnungen im „volkseigenen Wohnungsbau“ veröffentlicht. Getrennte Angaben über die Neubauleistung der AWG und der GWG fehlen generell. Mitteilungen über das Neubauergebnis bei Wohnungen im privaten (individuellen) Wohnungsbau enthielten die Statistischen Jahrbücher der DDR erst ab der Ausgabe 1973 (siehe hier S. 164).

Quellen: Der Ermittlung der Neubauleistungen und der Berechnung der Anteile wurden die nach dem Untergang der SED-Diktatur korrigierten Angaben der Wohnungsbaustatistik zugrunde gelegt. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1964, S. 225; Ausgabe 1968, S. 237; und Ausgabe 1990, S. 198; dazu Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone“. In: SBZ Archiv, 11. Jg., 1960, Heft 18, S. 279-283; Wagner, Richard (Staatliche Plankommission der DDR): „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR“. In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 13. Jg., 1964, Heft 9, S. 570-575; und Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR.“ Düsseldorf 1972, S. 66/67. Dazu Ministerrat der DDR und Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik.“, Teil 3. Berlin (Ost) 1980, S. 126-140; und Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR.“ Stuttgart, München 1990, S. 159.

Tabelle 8

Entwicklung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften in der DDR
1954 bis 1964

Jahr	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG)	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder pro AWG im Durchschnitt
30.06.1954	87	ca. 4.000	46
10.07.1954	101	ca. 5.000	50
30.11.1954	237	14.100	59
31.12.1954	264	15.251	58
31.12.1955	329	20.245	62
31.12.1956	440	37.008	84
30.06.1957	560	56.285	101
31.12.1957	720	79.000	110
31.12.1958	846	137.500	163
31.12.1959	1.200	160.000	133
31.12.1960	950	ca. 160.000	168
31.12.1961	.	.	.
31.12.1962	.	.	.
31.12.1963	900	375.000	417
31.12.1964	894	370.000	414

Quellen:

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung der DDR, Abteilung Wohnungswesen: Überblick über die bisher durchgeführten Aufgaben der Abteilung Wohnungswesen und Zusammenfassung der künftigen Aufgaben in einer zentralen Dienststelle für alle Fragen der Wohnungswirtschaft vom 21. Oktober 1957, 18 Seiten, BArch, DQ 2 – 3985; dazu Aktenbestand DQ 2 – 3996;

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung der DDR, Abteilung Wohnungswesen: Bericht über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Lenkung des Wohnraumes in der DDR vom 7. Januar 1957. 34 Seiten. Der Bericht trägt die Unterschrift des Abteilungsleiters Stechert. BArch, DQ 2 / 888.

Ferner Lewitzky, Hans (Ministerium für Bauwesen): „Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften im Siebenjahrplan“. In: Stadt und Gemeinde, 3. Jg., Heft Nr. 12/1959, S. 26 - 29; Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone“. In: SBZ Archiv, 11. Jg., Nr. 18/1960, S. 279- 283; Lewitzky, Hans: „Mehr Aufmerksamkeit den AWG“. In: Die Wirtschaft, Berlin (Ost), vom 7. April 1960, S. 7; Wagner, Richard (Staatliche Plankommission): „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR“. In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 13. Jg., Nr. 9/1964, S. 570-575, hier S. 575; Schlechter, Fred: „10 Jahre ge-

nossenschaftlicher Wohnungsbau in der DDR“. In: Magazin für Haus und Wohnung, Berlin (Ost), 3. Jg., Nr. 10/1964, S. 24-26; Rehfeld, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik“. In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3; Müller, Richard (Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR): „Wie geht es mit den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften weiter?“. In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Nr. 11 vom 28. Januar 1972, S. 2/3; Müller, Richard: „Fast jede zweite Wohnung wird mit den AWG gebaut“. In: Neues Deutschland vom 7. Februar 1972, S. 3; „AWG mit guter Bilanz“. In: Die Wirtschaft, Berlin (Ost), vom 15. Juli 1976, S. 11; Gerecke, Lothar: „AWG verwalten jede 10. Wohnung“. In: Neues Deutschland vom 25. Juli 1977, S. 2; Tribüne vom 9. Oktober 1980, S. 5; Gerecke, Lothar: „Wie die AWG ihre Häuser in Schuß halten“. In: Neues Deutschland vom 4. August 1982, S. 3; Salden, Peter: „Häuser bei den AWG in guten Händen“. In: Neues Deutschland vom 1. August 1985, S. 3; „Sozialistische Wohnungsbaugenossenschaften“. In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 26 vom 3. März 1988, S. 6; und „Wohnungswirtschaftsbetriebe erhöhen Leistungen“. In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 44 vom 15. April 1988 (Beilage, S. I und II).

Tabelle 9

Planziele und Planerfüllung im Wohnungsbau der DDR 1954 – 1965

Jahr	Geplante Neu- bauleistung ¹⁾	Erreichte Neu- bauleistung	Rückstand bei der Erfüllung der Ziele der Jahres- pläne
	Anzahl		in %
1954 ²⁾	46.829 ³⁾	34.740 ⁴⁾	25,8
1955 ²⁾	46.320 ⁵⁾	32.830	29,1
1956	42.425	31.294	26,2
1957	54.990	45.702	16,9
1958	60.000	49.561	17,4
1959	70.000	67.314	3,8
1960 ⁶⁾	86.700	71.857 ⁷⁾	17,1
1961	99.000	85.580	13,6
1962	99.000	80.139	19,1
1963	99.000	69.321	30,0
1964	99.000	69.345	30,0
1965	99.000	58.303	41,1

- 1) Um kritische Soll-Ist-Vergleiche zu verhindern, waren in den von der Volkskammer als Gesetz beschlossenen und dann veröffentlichten Volkswirtschaftsplänen für die Jahre 1956, 1957 und 1961 bis 1965 keine Angaben über die Planziele für den Neubau von Wohnungen aufgenommen worden. Die von der SED-Wirtschaftsführung gesteckten Planziele wurden der Wirtschaftsverwaltung und den Planträgern nur auf dem Dienstwege vorgegeben. Die hier ausgewiesenen Jahresplanziele stammen zumeist aus internen Materialien der Deutschen Bauakademie. Die Planziele für die Jahre 1961 bis 1965 wurden durch die Aufteilung des im Siebenjahrplan (1959-1965) festgelegten Gesamtziels auf einzelne Jahre gewonnen.
- 2) Einschließlich des geplanten und erreichten Zugewinns an Wohnungen durch Um- und Ausbau z.B. von Dachgeschossen und Ladenlokalen, durch die Instandsetzung bisher unbewohnbarer Wohnungen, durch Teilung von Großwohnungen und durch die Rückgewinnung von bisher zweckentfremdet genutzten Wohnungen.
- 3) Die Erfüllung dieser Planvorgabe setzte voraus, daß 1954 im staatlichen Wohnungsbau 33.329, im privaten Wohnungsbau 11.500 und im Rahmen des Bodenreform-Bauprogramms 2.000 Wohnungen gebaut wurden. Siehe Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, Abteilung Wohnungswesen: Bericht über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Len-

kung des Wohnraumes in der DDR vom 7. Januar 1955. BArch, DQ 2 / 888.

- 4) Bis zum 30. September 1954 waren erst 18.845 Wohnungen neu gebaut, um- und ausgebaut und instandgesetzt worden.
- 5) Errechnet aufgrund der im Volkswirtschaftsplan verlangten prozentualen Steigerung der Wohnungsbauleistung.
- 6) Durch den planwidrigen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung während der ersten Jahre der Laufzeit des Siebenjahrplanes (1959-1965) konnten von diesem Perspektivplan bereits für das Planjahr 1960 keine Jahresplanziele mehr abgeleitet werden. Deshalb verzichtete die Regierung der DDR darauf, der Volkskammer für 1960 ein Gesetz über den Volkswirtschaftsplan zur Verabschiedung vorzulegen. Offiziell wurde daher auch keine Planzahl über die angestrebte Neubauleistung bei Wohnungen veröffentlicht.
- 7) Bis zum 30. November 1960 waren erst 54.868 Wohnungen schlüsselfertig übergeben worden.

Quellen: „Beschluß der Volkskammer der DDR über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1955“ vom 21. Mai 1955. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 42, S. 347-356, hier S. 353; „Beschluß der Volkskammer der DDR über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1957“ vom 26. April 1957. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 33, S. 273-278, hier S. 276/77; „Beschluß der Volkskammer der DDR über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1958“ vom 9. Januar 1958. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 5, S. 56-65, hier S. 60; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1959“ vom 21. Januar 1959. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 4, S. 23-51, hier S. 32; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1961“ vom 25. März 1961. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 4, S. 11-15; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1962“ vom 28. März 1962. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 3, S. 29-34, hier S. 32; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1963“ vom 30. November 1962. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 11, S. 95-102, hier S. 101; „Erlaß des Staatsrates der DDR über den Volkswirtschaftsplan 1964“ vom 3. Oktober 1963. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 14, S. 143-160, hier S. 158/59; „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1965“ vom 14. Januar 1965. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 2, S. 41-60, hier S. 56-57. „Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965“ vom 1. Oktober 1959. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 56, S. 703-750, hier S. 706 und S. 728. Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 25; Ausgabe 1990, S. 51 und S. 198.

Staatsrat der DDR. Hausmitteilung. Information über die Erfüllung des Planes im Wohnungsbau 1969 und den Plananlauf 1970. Bericht der Abteilung Industrie, Bauwesen und Verkehr an den Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht vom 9. Februar 1970. BArch, SAP-MO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616.

Dazu Kabus, Günter: „Zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus“. In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 10. Jg., Heft 11/1961, S. 598-604; Rehfeld, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik“. In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3; Buck, Hannsjörg, F.: „Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten“, Bd. 1, Coburg 1969, S. 192-210; und Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67.

Tabelle 10

Eheschließungen und Zugewinn von Wohnungen
in der DDR 1948 bis 1965

Jahr	Eheschließungen	Zugewinn an Wohnungen	Rechnerische Deckungslücke bei der Versorgung von Neuvermählten mit Wohnungen
Anzahl			
1948	182.697	26.500	156.197
1949	190.675	29.825	160.850
1950	214.744	30.992	183.752
1951	195.220	61.040	134.180
1952	176.423	47.589	128.834
1953	158.020	32.296	125.724
1954	152.224	34.740	117.484
1955	155.410	32.830	122.580
1956	152.580	32.849	119.561
1957	150.069	61.125	88.944
1958	154.361	63.466	90.895
1959	161.863	79.953	81.910
1960	167.583	80.489	87.094
1961	169.438	92.009	77.429
1962	165.677	87.249	78.428
1963	148.330	75.968	72.362
1964	135.855	76.615	59.240
1965	129.002	68.162	60.840

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1963, S. 494/495.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, S. 539/540.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 25 und S. 544/545.
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, S. 166; und
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 51 und 198.
 Ferner Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 20. Wohnungsbau nach Räumen und Wohnflächen 1980 bis 1990, Wiesbaden 1995, S. 15.
 Rehfeldt, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik“. In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3; Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67; Hoffmann, Manfred: „Sozialistische Mietenpolitik in der DDR“. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 129, Heft Nr. 2/1973, S. 246 - 291, hier Tabelle 3 auf Seite 263.

Dokument 1

Die 16 Grundsätze
des [sozialistischen] Städtebaus

Beschluß der Regierung der DDR vom 27. Juli 1950

Bekanntmachung vom 15. September 1950

Fundstelle:

Ministerialblatt der
Deutschen Demokratischen Republik
Nr. 25 / 1950 / S. 153/54

Tabelle 1

Jahresplanziele und jährliche Planerfüllung
im Wohnungsbau der DDR
1960 bis 1970

Jahr	Geplante Neubau- leistung ¹⁾	Erreichte Neubau- leistung	Rückstand bei der Erfüllung der Ziele der Jahres- pläne
	Anzahl		in %
1960 ²⁾	86.700	71.857 ³⁾	17,1
1961	99.000	85.580	13,6
1962	99.000	80.139	19,1
1963	99.000	69.321	30,0
1964	99.000	69.345	30,0
1965	99.000	58.303	41,1
1966	57.786	53.366	7,6
1967	61.253	59.107	3,5
1968	65.644	61.863	5,8
1969	70.773	56.547	20,1
1970	66.000	65.786	0,3

- 8) Um kritische SOLL-IST-Vergleiche zu verhindern, waren in den von der Volkskammer als Gesetz beschlossenen und dann veröffentlichten Volkswirtschaftsplänen für die Jahre 1960 bis 1969 keine Angaben über die Planziele für den Neubau von Wohnungen aufgenommen worden. Die von der SED-Wirtschaftsführung gesteckten Planziele wurden statt dessen der Wirtschaftsverwaltung und den Planträgern schriftlich nur auf dem Dienstwege vorgegeben. Diese Plandokumente waren zumeist als „vertraulich / nur für Dienstgebrauch“ oder als „Verschlußsache“ klassifiziert. Das hier ausgewiesene Planziel für das Jahr 1960 stammt aus internen Materialien der Deutschen Bauakademie. Die Planziele für die Jahre 1961 bis 1965 wurden durch die Aufteilung des im Siebenjahrplan (1959-1965) festgelegten Gesamtziels auf einzelne Jahre gewonnen. Die Planziele für die Jahre 1966 bis 1969 wurden einem internen Bericht der Abteilung Industrie, Bauwesen und Verkehr des Staatsrates der DDR vom 9. Februar 1970 entnommen. Adressat dieser Analyse über die Planerfüllung im Wohnungsbau war der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht. Ausgehend von der Neubauleistung, die bei der Verabschiedung des Perspektivplanes 1966 bis 1970 beschlossen wurde, hätten in diesem Fünfjahrplanzeitraum jedes Jahr 70.000 neue Wohnungen gebaut werden müssen. Da diese überzogene Plananforderung nicht erfüllbar war, wurden in

den Jahren 1966 bis 1968 bereits intern deutlich niedrigere Planvorgaben festgelegt.

- 9) Infolge des planwidrigen Verlaufs des Siebenjahrplanes (1959-1965) verzichtete die Regierung für das Jahr 1960 auf die Verabschiedung eines Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan durch die Volkskammer.
- 3) Bis zum 30. November 1960 waren erst 54.868 Wohnungen schlüsselfertig übergeben worden.

Quellen: „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1961“ vom 25. März 1961. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 4, S. 11-15; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1962“ vom 28. März 1962. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 3, S. 29-34, hier S. 32; „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1963“ vom 30. November 1962. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 11, S. 95-102, hier S. 101; „Erlaß des Staatsrates der DDR über den Volkswirtschaftsplan 1964“ vom 3. Oktober 1963. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 14, S. 143-160, hier S. 158/59; „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1965“ vom 14. Januar 1965. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 2, S. 41-60, hier S. 56-57; und „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1970“. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 15, S. 249-263, hier S. 259.

„Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965“ vom 1. Oktober 1959. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 56, S. 703-750, hier S. 706 und S. 728; und „Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1970“ vom 26. Mai 1967. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 8, S. 65-87, hier S. 83.

Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 25; Ausgabe 1990, S. 51 und S. 198.

Staatsrat der DDR. Hausmitteilung. Information über die Erfüllung des Planes im Wohnungsbau 1969 und den Plananlauf 1970. Bericht der Abteilung Industrie, Bauwesen und Verkehr an den Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht vom 9. Februar 1970. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616. Siehe hierzu Dokument Nr. 9. Dazu ferner Kabus Günter: „Zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus.“ In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 10. Jg., Heft 11/1961, S. 598-604;

Rehfeld, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik.“ In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3;

Buck, Hannsjörg F.: „Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten“, Bd. 1, Coburg 1969, S. 192-210; und Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67.

Tabelle 2

Anteil der in Montagebauweise errichteten Neubauwohnungen
in der DDR 1956 bis 1970

Jahr	Neugebaute Wohnungen	Darunter:	
		in Montagebau- weise errichtete Neubauwohnun- gen ¹⁾	Anteil der in Montagebauweise errichtete Neu- bauwohnungen ¹⁾
		Anzahl	in %
1956	31.294	50	0,2
1957	45.702	3.600	7,9
1958	49.561	5.725	11,6
1959	67.314	15.132	22,5
1960	71.857	23.098	32,1
1961	85.580	41.074	48,0
1962	80.139	49.441	61,7
1963	69.321	50.185	72,4
1964	69.345	56.882	82,0
1965	58.303	52.694	90,4
1966	53.366	49.597	92,9
1967	59.107	54.427	92,1
1968	61.863	55.267	89,3
1969	56.547	51.029	90,2
1970	65.786	59.187	90,0

1) Wohnungsneubau im Block- und Plattenbau.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1963, S. 209; Ausgabe 1968, S. 237; und Ausgabe 1972, S. 179; und Kabus, Günter (Deutsche Bauakademie): „Zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus.“ In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 10. Jg., Nr. 11/1961, S. 598-604, hier S. 598/599.

Tabelle 3

Durchschnittliche Bauzeit
zur Errichtung neuer Wohnungen in der DDR 1958 bis 1970

Jahr	Durchschnittliche Bau- zeit im traditionellen und im industriellen Monta- gebau	Darunter:	
		Durchschnittliche Bau- zeit im industriellen Montagebau ¹⁾	
		Monate	
1958	15,8	.	.
1959	16,4	.	.
1960	16,4	.	.
1961	17,6	16,9	.
1962	17,4	16,4	.
1963	16,4	15,1	.
1964	15,0	14,4	.
1965	12,2	11,6	.
1966	11,8	11,5	.
1967	12,3	12,3	.
1968	10,6	10,3	.
1969	9,9	9,8	.
1970	10,7	10,6	.

1) Wohnungsneubau im Block- und im Plattenbau.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, S. 243; Ausgabe 1968, S. 238; und Ausgabe 1972, S. 181; Wagner, Richard: „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR.“ In: Deutsche Architektur, 13. Jg., Nr. 9/1964, S. 570-575, hier S. 575; Information zu einigen Problemen des Wohnungsbaus. Berichte der Abteilung Planung und Finanzen (Abteilungsleiter Siegfried Böhm) und der Abteilung Bauwesen des ZK der SED (Abteilungsleiter Gerhard Trölitersch) aus dem Jahre 1964/65 an den Sekretär für Wirtschaft des ZK Günter Mittag. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616. Dokument Nr. 8.

Tabelle 4

Unzureichende Ausnutzung ausgewählter Baumaschinen und Bautransporter

in der staatlichen Bauindustrie der DDR 1960 bis 1969

Stillstandszeiten bei	1960	1963	1965	1967	1969
	Tatsächlich mögliche Einsatzzeit = 100 ¹⁾				
Turmdrehkrane über 16 bis 45 oder 60 Mpm	24,0	39,3	35,3	30,1	25,1
Baggern bis 0,75 m ³ Löffelinhalt	37,9	41,9	36,7	29,3	26,9
Planierdrauen bis 80 oder 100 PS	35,2	43,6	38,6	31,5	29,1
Fahrzeugen für den Erdtransport bis 3,5 m ³	54,7	52,4	50,3	.	.
Fahrzeugen für den Erdtransport, 6,5 t	39,7	43,7	41,1	.	.
<u>Stillstandszeiten durch Witterungseinfluß ²⁾</u>					
Turmdrehkrane über 16 bis 45 Mpm	1,4	7,6	1,8	1,9	1,4
Bagger bis 0,75 m ³ Löffelinhalt	1,6	6,3	1,4	0,6	0,8
Planierdrauen bis 80 oder 100 PS	1,4	5,6	0,8	0,4	0,7
Fahrzeuge für den Erdtransport bis 3,5 m ³	1,5	3,4	0,9	.	.
Fahrzeuge für den Erdtransport, 6,5 t	0,8	1,7	0,3	.	.

- 1) Stillstandszeit von Baumaschinen und Baufahrzeugen im Verhältnis zur möglichen Arbeitszeit einer Maschine oder eines Transporters bei Annahme einer täglichen Arbeitszeit von 8,75 Stunden.

Die Angaben über einen Zeitraum von zehn Jahren zeigen, daß Witterungseinflüsse als Ursache für die Stillstandszeiten nahezu keine Rolle gespielt haben. Einen erheblichen Zeitaufwand beanspruchten dagegen die Maßnahmen, um die reparaturanfälligen und arg verschlissenen Baumaschinen und Bautransporter zu warten oder wieder instand zu setzen.

Mpm = Megapondmeter

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, S. 239; Ausgabe 1968, S. 235 und Ausgabe 1970, S. 155.

Tabelle 5

Entwicklung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften in der DDR
1954 bis 1977

Jahr	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG)	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder pro AWG im Durchschnitt
30.06.1954	87	ca. 4.000	46
10.07.1954	101	ca. 5.000	50
30.11.1954	237	14.100	59
31.12.1954	264	15.251	58
31.12.1955	329	20.245	62
31.12.1956	440	37.008	84
30.06.1957	560	56.285	101
31.12.1957	720	79.000	110
31.12.1958	846	137.500	163
31.12.1959	1.200	160.000	133
31.12.1960	950	ca. 160.000	168
31.12.1961	.	.	.
31.12.1962	.	.	.
31.12.1963	900	375.000	417
31.12.1964	894	370.000	414
31.12.1965	.	.	.
31.12.1970	800	394.000	493
31.12.1971 ¹⁾	.	.	.
31.12.1973	800	460.000	575
31.12.1975	755	550.000 ²⁾	ca. 730
31.12.1977	731	750.000	1.026

- 1) „Zur besseren Erhaltung und Verwaltung der genossenschaftlichen Wohnungen sowie zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens“ konnten sich ab März 1971 innerhalb einer Stadt, eines Kreisgebietes oder eines Zweckverbandes von Gemeinden mehrere dort bestehende „Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften“ (AWG) oder „Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften“ (GWG) zu einer neuen, größeren Baugenossenschaft zusammenschließen. Innerhalb dieser örtlichen Grenzen wurde auch eine Fusion von AWG mit GWG erlaubt. Der Vorteil solcher Zusammenschlüsse bestand wohl vor allem darin, daß die AWG von da an nicht mehr nur auf die Unterstützung eines Träger-Betriebes oder eines Träger-Kombinates angewiesen waren. Nach einer solchen Fusion konnten sie für ihre Bauvorhaben die Hilfe von mehreren VEB und Kombinaten in Anspruch nehmen.

Vgl. die „Verordnung über die Änderung von Rechtsvorschriften“ vom 9. März 1971. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 32, S. 266/67.

- 2) Geschätzt. Ende 1975 bestanden in der DDR insgesamt 1.200 AWG und GWG (755 AWG und 345 GWG) mit „mehr als 680.000 Mitgliedern“. Vgl. „AWG mit guter Bilanz.“ In: Die Wirtschaft, Berlin (Ost), vom 15. Juli 1976, S. 11.

Quellen: Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung der DDR, Abteilung Wohnungswesen: Überblick über die bisher durchgeführten Aufgaben der Abteilung Wohnungswesen und Zusammenfassung der künftigen Aufgaben in einer zentralen Dienststelle für alle Fragen der Wohnungswirtschaft vom 21. Oktober 1957, 18 Seiten, BArch, DQ 2 – 3985; dazu Aktenbestand DQ 2 – 3996; Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung der DDR, Abteilung Wohnungswesen: Bericht über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Lenkung des Wohnraumes in der DDR vom 7. Januar 1957. 34 Seiten. Der Bericht trägt die Unterschrift des Abteilungsleiters Stechert. BArch, DQ 2 / 888. Ferner Lewitzky, Hans: „Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften im Siebenjahrplan.“ In: Stadt und Gemeinde, 3. Jg., Heft Nr. 12/1959, S. 26 - 29; Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone.“ In: SBZ Archiv, 11. Jg., Nr. 18/1960, S. 279-283; Lewitzky, Hans (Ministerium für Bauwesen): „Mehr Aufmerksamkeit den AWG.“ In: Die Wirtschaft, Berlin (Ost), vom 7. April 1960, S. 7; Wagner, Richard (Staatliche Plankommission): „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR.“ In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 13. Jg., Nr. 9/1964, S. 570-575, hier S. 575; Schlechter, Fred: „10 Jahre genossenschaftlicher Wohnungsbau in der DDR.“ In: Magazin für Haus und Wohnung, Berlin (Ost), 3. Jg., Nr. 10/1964, S. 24-26; Rehfeld, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik.“ In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3; Müller, Richard (Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR): „Wie geht es mit den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften weiter?“ In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Nr. 11 vom 28. Januar 1972, S. 2/3; Müller, Richard: „Fast jede zweite Wohnung wird mit den AWG gebaut.“ In: Neues Deutschland vom 7. Februar 1972, S. 3. Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische Sozialpolitik. Berlin (Ost) 1975, S. 141. „AWG mit guter Bilanz.“ In: Die Wirtschaft, Berlin (Ost), vom 15. Juli 1976, S. 11; Gerecke, Lothar: „AWG verwalten jede 10. Wohnung.“ In: Neues Deutschland vom 25. Juli 1977, S. 2; „Tribüne“ vom 9. Oktober 1980, S. 5; Gerecke, Lothar: „Wie die AWG ihre

Häuser in Schuß halten.“ In: Neues Deutschland vom 4. August 1982, S. 3; Salden, Peter: „Häuser bei den AWG in guten Händen.“ In: Neues Deutschland vom 1. August 1985, S. 3; „Sozialistische Wohnungsbaugenossenschaften.“ In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 26 vom 3. März 1988, S. 6; und
 „Wohnungswirtschaftsbetriebe erhöhen Leistungen.“ In: Presse-Informationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 44 vom 15. April 1988 (Beilage, S. I und II).

Tabelle 6

Geplante und tatsächlich gebaute Wohnungen in den Perspektivplanperioden der SBZ / DDR von 1945 bis 1970

Zeitperioden / Planperioden	Planziele (angestrebter Wohnungszu- gang durch Neubau, Instand- setzung, Um- u. Ausbau ¹⁾)	Zugewinn an Wohnungen durch Neubau, Instandset- zung, Um- u. Ausbau ²⁾	Planerfüllung	
			Anzahl	in %
Zeitraum 1945 - 1948		99.435 ³⁾		
Zweijahrplan 1949 - 1950	41 350 ⁴⁾	60.817 ⁵⁾	60.817	147,1
1. Fünfjahrplan 1951 - 1955	240.000	208.495 ⁶⁾	208.495	86,9
2. Fünfjahrplan 1956 - 1960 (abgebrochen 1958)	340.000	317.88	317.882	93,5
Siebenjahrplan 1959 - 1965 (abgebrochen zur Jahreswende 1962/63)	772.000	560.445	560.445	72,6
Darunter:				
a) Neubau von Wohnungen	691.000	501.859	501.859	72,6
b) Durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen	81.000	58.586	58.586	72,3
1959 - 1962	441.143	339.700	339.700	77,0
1959 - 1963	551.429	415.668	415.668	75,4

Zeitperioden / Planperioden	Planziele (angestrebter Wohnungszu- gang durch Neubau, Instandset- zung, Um- u. Ausbau ¹⁾)	Zugewinn an Wohnungen durch Neubau, Instandset- zung, Um- u. Ausbau ²⁾	Planerfüllung	
			Anzahl	in %
3. Fünfjahrplan 1966 – 1970	400.000	363.982	363.982	91,0
<u>Darunter:</u>				
a) Neubau von Wohnungen	350.000	296.669	296.669	84,8
b) Durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen	50.000	67.313	67.313	134,6

- 1) Einschließlich der Rückgewinnung von zweckentfremdet genutzten Wohnungen.
- 2) Zur Kategorie „Um- und Ausbau“ von Wohnungen gehörte auch die Teilung größerer Wohnungen in zwei oder sogar mehrere Wohnungen.
- 3) Der Zugewinn von Wohnungen beruhte zu knapp zwei Drittel auf der Instandsetzung von im Kriege teilweise zerstörten Wohnungen.
- 4) Der Zugewinn an neu gebauten Wohnungen sollte 1949 5.000 und 1950 10.000 Wohnungseinheiten betragen. Für diese neuen Wohnungen wurde in der Regel eine Wohnfläche von 52 qm vorgesehen.
Durch Instandsetzungen von teilweise zerstörten Wohnungen sollten 1949 15.350 und 1950 11.000 Wohnungseinheiten gewonnen werden.
Vgl. die Aktenüberlieferung der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), BArch, DQ 2 4000; und

- 5) Dorothea Faber: „Die Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone“, Bonn 1953, S. 10.
Die hier angegebene Wohnungsbauleistung beruht auf DDR-Angaben. Faber dagegen gibt auf der Grundlage von Flüchtlingsdokumenten die Zahl der 1949/50 hinzu gewonnenen Wohnungen nur mit 35.000 Einheiten an.
Auch bei der hier in der Tabelle ausgewiesenen Bauleistung handelt es sich zu mehr als zwei Fünftel um Wohnungen mit Kriegsschäden, die durch Instandsetzung wieder bewohnbar gemacht wurden.
- 6) Bis zum Jahre 1952 entstanden Wohnungen zumeist durch Instandsetzungsmaßnahmen.

Quellen: „Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR (1951-1955)“ vom 1. November 1951. GBl. der DDR, Nr. 128/1951, S. 973-991 und den „Beschluß des III. Parteitages der SED (20. - 24. Juli 1950) über den Fünfjahrplan 1951 – 1955“. In: Dokumente der SED, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 131 - 161; „Gesetz über den 2. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR für die Jahre 1956 bis 1960“ vom 20. Januar 1958. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 5, S. 41 ff., hier S. 43 und 50; „Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965“ vom 1. Oktober 1959. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 56, S. 703 ff., hier S. 728; „Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1970“. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 8, S. 65 ff., hier S. 83; Ministerium für Aufbau der DDR, Hauptabteilung Schwerpunktbauteilen, Abteilung Wohnungsbau: Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der DDR 1951-1955 mit Anlagen. Vertrauliche Verschlusssache vom 13. März 1956. Unterzeichnet wurde das Dokument vom Hauptabteilungsleiter Siewert. BArch, DH 1 39 284.
Schürer, Gerhard: „Perspektivplan - Schritt zur Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitages“. Begründung des Entwurfs des Perspektivplanes auf der 27. Tagung der Volkskammer am 26. Mai 1967. In: Neues Deutschland vom 27. Mai 1967; Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, S. 166, Ausgabe 1990, S. 51; Faber, Dorothea: „Die Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone“. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953; Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67.

Tabelle 7Einsatz von Investitionskapital für den Neubau von Wohnungen in der DDR von 1955 bis 1971¹⁾

Jahr	Investitionen in der Volkswirtschaft insgesamt ²⁾	Investitionen im Wohnungsbau ³⁾	Anteil der Investitionen im Wohnungsbau an den gesamten Investitionen	Erhöhung oder Verminderung der Investitionen im Wohnungsbau im Verhältnis zum Vorjahr
	in Mio. Mark ⁴⁾		in %	
1955	8.127	957	11,8	.
1960	16.096	1.911	11,9	.
1961	16.310	1.987	12,2	+ 4,0
1962	16.706	1.974	11,8	- 0,7
1963	17.091	1.734	10,1	- 12,2
1964	18.745	1.740	9,3	+ 0,3
1965	20.489	1.596	7,8	- 8,3
1966	21.984	1.534	7,0	- 3,9
1967	24.005	1.578	6,6	+ 2,9
1968	26.470	1.833	6,9	+ 16,2
1969	30.558	1.880	6,2	+ 2,6
1970	32.797	1.888	5,8	+ 0,4
1971	32.996	1.990	6,0	+ 5,4

- 1) Angaben über die Höhe des allein für den Neubau von Wohnungen eingesetzten Investitionskapitals wurden in der DDR-Statistik erstmals im Jahre 1974 gemacht. Siehe hierzu das Statistische Jahrbuch der DDR 1974, S. 45-46.
- 2) Nach der bis 1976 gültigen Begriffsdefinition der DDR über die Zusammensetzung der „Investitionen“ nach Kapitalwertbestandteilen (= Herkunftsquellen der Sachwertsteigerungen) wurden folgende Aufwendungen nicht zu den „Investitionen im Wohnungsbau“ gerechnet: Reparaturen und Generalreparaturen an bestehenden Wohnungen und Wohngebäuden, Maßnahmen zur Modernisierung von Altbauten und Aufwendungen für den Um- und Ausbau von Wohnungen.
- 3) Ohne die beim Eigenheimbau aufgewendeten Mittel. Diese Investitionsaufwendungen waren ab Mitte der 60er Jahre vergleichsweise gering.
- 4) Die Bewertung des Investitionsaufwandes erfolgte zu vergleichbaren Preisen auf der Preisbasis des Jahres 1967.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1975, S. 39 und S. 41-42; Ausgabe 1976, S. 41-42 und eigene Berechnungen.

Tabelle 8

Wohnungsbestand 1961 und 1971 aufgeteilt nach der Zahl der Wohnräume

Anzahl der Wohnräume ¹⁾ je Wohnung	1961 ²⁾		1971 ²⁾		Zunahme 1971 gegenüber 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl
1	737.876	13,4	679.989	11,2	- 57.887
2	2.129.534	38,7	2.231.013	36,9	+ 101.479
3	1.711.511	31,1	2.030.919	33,5	+ 319.408
4	640.736	11,6	765.363	12,6	+ 124.627
5 und mehr Wohnräume	289.131	5,2	349.748	5,8	+ 60.617
Wohnungen insgesamt	5.508.788	100,0	6.057.032	100,0	+ 548.244

1) Zu den Wohnräumen zählen zur Hauptsache die Wohn-, Eß-, Arbeits-, Schlaf- und Kinderzimmer. Jeder erfaßte Wohnraum mußte eine Mindestfläche von 6 m², bei einer Mindestbreite von 1,60 m haben. In alle Wohnräume mußte das Tageslicht unmittelbar durch ein Fenster einfallen.

2) Ergebnisse der Wohnungs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 15. März 1961 und am 1. Januar 1971.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 15, Wiesbaden 1994, S. 89 – 94.

Tabelle 9

Wohnungen in Wohngebäuden der DDR aufgeteilt nach der Eigentumsform der Gebäude 1950 bis 1971

Wohnungszählung	Wohnungsbestand insgesamt ¹⁾	Privates Eigentum	Genossenschaftliches Eigentum ²⁾	Staatliches Eigentum	Sonstige Eigentümer ³⁾
	Anzahl		in %		
20. Juni 1950	4.541.300 ⁴⁾	83,1	4,6	10,7	1,6
15. März 1961	5.365.745	74,9 ⁵⁾	5,4	18,4	1,3
31. Dezember 1968	6.023.000	63,4	13,0	23,0	0,6
1. Januar 1971	5.971.043	62,2	9,9	27,5	0,4
1. Januar 1971	6.057.032 ⁶⁾	61,7	9,9	28,0	0,4

1) Die von der DDR-Statistik angewendete Methodik der Wohngebäude- und Wohnungszählungen und vor allem die von ihr vorgenommenen Fortschreibungen zwischen den Stichtagsterminen führten zu merklich überhöhten Bestandsangaben.

2) Unter der Kategorie „genossenschaftliches Eigentum“ wurden nicht nur die Wohngebäude und Wohnungen der „Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften“ (AWG) und der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften“ (GWG) erfaßt. Vielmehr gehörten dazu auch die Wohnungen, deren Eigentümer LPG, Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), Gärtnerische Produktionsgenossenschaften (GPG) und „sonstige sozialistische Genossenschaften“ waren.

3) Bei den Wohnungen „sonstiger Eigentümer“ handelte es sich zur Hauptsache um die Wohnungen im Eigentum der Kirchen.

- 4) Ohne den Wohnungsbestand in Berlin (Ost).
- 5) Von diesem in Privateigentum befindlichen Anteil am Wohnungsbestand waren am 15. März 1961 8 % (das entspricht knapp 322.000 Wohnungen) unter staatliche Verwaltung gestellt worden. Bei diesen Wohnungen handelte es sich fast ausschließlich um zurückgelassene Wohnungen von Flüchtlingen.
- 6) Bestand an Wohnungen in Wohngebäuden, Nichtwohngebäuden und in Behelfsunterkünften.
- Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR; darunter Ausgabe 1970, S. 157; Ausgabe 1972, S. 173; und 1990, S. 201; Abteilung Bauwesen des ZK der SED: Information (Vermerk ohne Verfasserangabe) vom 29. Dezember 1962. „Auswertung der Wohnungszählung 1961 und Einschätzung des Umfangs der erforderlichen Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen des Wohnungsbestandes.“ Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 IV A 2/2. 021 / 616; Abteilung Bauwesen des ZK der SED, SED-Hausmitteilung vom 21. Januar 1970. „Information über Probleme der Entwicklung des Ausstattungsstandards im Geschloßwohnungsbau.“ Verfasser: Abteilungsleiter Gerhard Tröltzsch. Adressat: Sekretär für Wirtschaft des ZK Günter Mittag. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616; dazu Dokument Nr. 6.
- Statistisches Bundesamt: „Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981“. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft Nr. 15. Wiesbaden 1994, S. 85 und S. 393.

Tabelle 10

Wohnungen in Wohngebäuden der DDR aufgeteilt nach dem Baujahr
der Gebäude 1961 bis 1971

Altersstruktur der Wohnungen in der DDR

Errichtungszeit	Ergebnis der Wohnungs- und Gebäudezählung am 15.3.1961 ¹⁾	Recherche der Deutschen Bau- akademie 31.12.1965	Ergebnis der Wohnungs- und Gebäudezählung am 1.1.1971
	in %		
vor 1870	21,9		16,9
1870 bis 1899	23,5	41,2 ²⁾	21,5
1900 bis 1918	19,8	43,0 ³⁾	18,3
1919 bis 1945	24,3		22,5
1946 bis 1960	10,4		10,1
1946 bis 1965		15,8	
1961 bis 1970			10,7
Wohnungen insgesamt	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Wohnungen	5.365.745	5.850.000	5.971.043

1) Die im Statistischen Jahrbuch der DDR im Jahre 1962 veröffentlichten Angaben über die bei der Gebäude- und Wohnungszählung am 15. März 1961 ermittelten Zählergebnisse zur Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen nach Baujahrsgruppen weichen von den im Jahre 1994 vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Ergebnissen geringfügig ab. Der hier präsentierten Tabelle liegen die Angaben des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Siehe zum Vergleich das Statistische Jahrbuch der DDR 1962, S. 374.

2) Vor 1899 gebaute Wohnungen.

3) In der Zeit von 1900 bis 1945 gebaute Wohnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft Nr. 15, Berlin, Februar 1994, S. 96; Paulick, Richard, Rank, Erich, Wolfram, Werner: „Erhaltung und Rekonstruktion der Altbausubstanz.“ In: Deutsche Architektur. Berlin (Ost), 16. Jg., Nr. 2/1967, S. 71-75.

Tabelle 11

Ausstattung der in der SBZ / DDR neugebauten Wohnungen mit Wohnkomfort 1949 bis 1970

Ausstattungsmerkmal	Von 100 erfaßten, neugebauten Wohnungen waren folgende Anteile der Neubauwohnungen mit nachstehenden Komforteinrichtungen ausgestattet:								
	1949	1960	1963	1965	1966	1967	1968	1969	1970
	in %								
1. Zentralheizung ¹⁾	.	8,9	29,2	42,1	46,1	57,5	59,0	66,9	73,8
2. Warmwasserversorgung ²⁾	.	17,5	38,5	77,3	85,0	80,6	85,4	90,7	98,8
3. Gasherd (Öffentliches Netz)	.	87,0	.	84,2	83,0	76,7	82,0	86,9	90,8
4. Elektroherd ³⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.
5. Bad oder Dusche	36,5	99,1	98,3	99,6	99,0	99,0	99,5	99,9	99,3
6. Innentoilette ⁴⁾	88,4	99,1	98,3	99,6	99,0	99,0	99,5	99,9	99,3
7. Einbaumöbel in der Küche	.	25,6	70,0	85,2	.	.	95,2	95,0	.
8. Balkon oder Loggia	.	37,4	.	52,4	53,0	62,2	58,5	63,2	69,1
9. Fahrstuhl und Müllschlucker ⁵⁾	.	.	.	.	.	.	28,0	28,0	.
Insgesamt erfaßte, neugebaute Wohnungen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1) Unter dem Begriff „Zentralheizung“ wurden folgende Heizungsarten zusammengefaßt: Fernheizung aus einem Heizkraftwerk für mehrere Wohnblöcke, zentrale Gebäudeheizung / Blockheizung durch eine Heizanlage, Wohnungs- und Etagenheizung sowie Mehrraumkachelofenheizung durch Strom, Gas, Öl und feste Brennstoffe (darunter Nachtspeicheröfen, Außenwandheizer).

Zur nutzbaren „Warmwasserversorgung“ zählte in erster Linie die Belieferung mit Warmwasser aus einer zentralen Aufbereitungsanlage, z.B. einem Fernheizwerk. Außerdem wurden unter diesem Ausstattungsmerkmal die Entnahmemöglichkeit von Warmwasser im Bad und in der Küche aus Durchlauferhitzern und Boilern erfaßt, die mit Strom oder Gas beheizt wurden.

- 3) Angaben über die Ausstattung neu gebauter Wohnungen mit Elektroherden wurden erst ab 1976 veröffentlicht.
- 4) Infolge bestehender Informationslücken wurde generell davon ausgegangen, daß alle Bäder und Duschbäder in neu gebauten Wohnungen auch mit einer Innentoilette ausgerüstet wurden.
- 5) Fahrstühle und Müllschlucker wurden in der Regel nur in Wohngebäuden ab sechs Geschossen und in Wohnhochhäuser eingebaut.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 180, Ausgabe 1974, S. 168, Ausgabe 1980, S. 147; Ausgabe 1989, S. 170; und Ausgabe 1990, S. 199; Manzel, Karl-Heinz/ Pfab, Eberhard: „Baupreise und Bauzeiten im Wohnungsbau der DDR.“ In Statistische Praxis, Berlin (Ost), 21. Jg., Nr. 6/1966, S. 243/44, hier S. 243. Interne Statistiken der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Abteilung IV Sozialfürsorge, Abschnitt Wohnung und Siedlung, Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR, Bundesarchiv, DH 1 39284; Abteilung Bauwesen des ZK der SED, SED-Hausmitteilung vom 21. Januar 1970. „Information über Probleme der Entwicklung des Ausstattungsstandards im Geschößwohnungsbau.“ Verfasser Abteilungsleiter Gerhard Trölitzsch. Adressat: Sekretär für Wirtschaft des ZK Günter Mittag. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616; Dokument Nr. 6; Abteilung Bauwesen des ZK der SED, SED-Hausmitteilung vom 27. November 1970. „Information über einige Probleme der Entwicklung der Ausstattung der Wohnungen mit Einbaumöbeln.“ Verfasser Abteilungsleiter Gerhard Trölitzsch. Adressat: Sekretär für Wirtschaft des ZK Günter Mittag. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616 und Staatsrat der DDR: „Hausmitteilung. Information über die Erfüllung des Planes im Wohnungsbau 1969 und den Plananlauf 1970.“ Bericht der Abteilung Industrie, Bauwesen und Verkehr an den Vorsitzenden des Staats-

rates Walter Ulbricht vom 9. Februar 1970. Bundesarchiv, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616. Siehe hierzu Dokument Nr. 9.

Handbuch der DDR. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Staatsverlag der DDR. Berlin (Ost) 1964, S. 438; und

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 2. Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990. Wiesbaden 1993, S. 19.

Dazu: „Anordnung über die Ausstattung der Räume im staatlichen und genossenschaftlichen Geschößwohnungsbau“ vom 25. Januar 1963. GBl. der DDR, Teil II, Nr. 14, S. 87-93.

Tabelle 12

Neugebaute Wohnungen in der DDR
und in der Bundesrepublik Deutschland je 1.000 Einwohner 1959 bis 1971 ¹⁾

Jahr	Rohzugang an Wohnungen in Wohn- und Nicht- wohngebäuden je 1.000 Einwohner	
	D D R	Bundesrepublik Deutschland
	Anzahl	
1959	3,9	10,7
1960	4,2	10,3
1961	5,0	10,0
1962	4,7	10,0
1963	4,0	9,8
1964	4,1	10,6
1965	3,4	10,0
1966	3,1	10,1
1967	3,5	9,5
1968	3,6	8,6
1969	3,3	8,2
1970	3,9	7,8
1971	3,8	9,0

- 1) Bei dieser Gegenüberstellung handelt es sich um einen reinen Stückzahlvergleich. Qualitätsunterschiede zwischen den Neubauwohnungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland konnten hier nicht berücksichtigt werden (Größe, Ausstattung, Qualität der Baumaterialien, Gebäudeisolierung, Doppelfenster, Schallschutz usw.).

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1961/62, S. 17; Ausgabe 1990, S. 1 und S. 51;
Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1963, S. 263; Ausgabe 1964, S. 34, 57 und 275; Ausgabe 1966, S. 290; Ausgabe 1967, S. 27 und S. 274; Ausgabe 1971, S. 25, S. 238-240 und S. 246; Ausgabe 1973, S. 34 und S. 275; und Ausgabe 1974, S. 34; sowie eigene Berechnungen.

Tabelle 13

Gebaute Wohnungen in der DDR 1955 bis 1971

Jahr	Insgesamt gebaute oder durch Um- und Ausbau ge- wonnene Wohnun- gen ¹⁾	Darunter:	durch Um- und Ausbau in beste- henden Gebäuden gewonnene Woh- nungen ²⁾	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der gesamten Woh- nungsbauleistung gegenüber dem Vorjahr	Geschaffene Wohn- fläche
		Neubau			
		Anzahl			
1955	32.830	29.736	3.064	.	2.157
1959	79.953	67.314	12.639	.	4.487
1960	80.489	71.857	8.632	+ 0,7	4.447
1961	92.009	85.580	6.429	.	5.063
1962	87.249	80.139	7.110	- 5,2	4.867
1963	75.968	69.321	6.647	- 12,9	4.217
1964	76.615	69.345	7.270	+ 0,9	4.017
1965	68.162	58.303	9.859	- 11,0	3.530
1966	65.278	53.366	11.912	- 4,2	3.370
1967	76.318	59.107	17.211	+ 16,9	3.876
1968	75.987	61.863	14.124	- 0,4	4.126
1969	70.311	56.547	13.764	- 7,5	3.955
1970	76.088	65.786	10.302	+ 8,2	4.256
1971	76.020	64.911	11.109	- 0,1	4.395

- 1) In den Angaben für die Jahre bis 1960 sind auch diejenigen Wohnungen als Bauergebnis enthalten, die in dem betreffenden Jahr noch nicht restlos fertig gestellt werden konnten, aber schon bezogen worden waren. Bei diesen Wohnungen wurden z.B. die Maler-, Tapezier- oder Installationsarbeiten erst im Folgejahr abgeschlossen. Ab 1961 wurden in der Statistik nur die restlos fertig gestellten Wohnungen ausgewiesen.
- 2) In dieser Rubrik sind auch diejenigen Wohnungen erfaßt worden, die zeitweise zweckentfremdet genutzt wurden (z.B. als Werkstätten), und die nach einer Renovierung und nach einem Umbau wieder als Zugang dem Wohnungsbestand hinzugerechnet wurden.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 25, Ausgabe 1974, S. 166, Ausgabe 1990, S. 51 und 198; Kabus, Günter: „Zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus“. In: Deutsche Architektur, 10. Jg., Nr. 11/1961, S. 598-604; Rehfeldt, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik“. In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3; Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67; Hoffmann, Manfred: Sozialistische Mietpolitik in der DDR“. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 129, Heft Nr. 2/1973, S. 246 - 291, hier Tabelle 3 auf Seite 263; Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 20. Wohnungsbau nach Räumen und Wohnflächen 1980 bis 1990. Wiesbaden 1995, S. 15; und eigene Berechnungen.

Tabelle 14

Beitrag des genossenschaftlichen Wohnungsbaus
zum Bau neuer Wohnungen
und zur Schaffung von Wohnungen durch Um- und Ausbau

Jahr	Neugebaute und durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen		
	Insgesamt	Genossenschaftlicher Wohnungsbau 1)	Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaus an der Wohnungsbauleistung insgesamt
	Anzahl		in %
1955	32.830	3.225 ²⁾	9,8
1956	32.849	4.884	14,9
1957	61.125	7.780	12,7
1958	63.466	14.699	23,2
1959	79.953	31.393	39,3
1960	80.489	40.582	50,4
1961	92.009	54.109	58,8
1962	87.249	50.654	58,1
1963	75.968	40.300	53,0
1964	76.615	30.520	39,8
1965	68.162	20.965	30,8
1966	65.278	15.458	23,7
1967	76.318	16.955	22,2
1968	75.987	14.987	19,7
1969	70.311	13.924	19,8
1970	76.088	13.564	17,8
1971	76.020	11.238	14,8
1972	85.901	19.558	22,8

1) Der Anteil der von den „Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften“ (GWG) gebauten Wohnungen war zumeist nur von geringer Bedeutung. 1955 sollen von den GWG 725, 1956 = 496, 1958 = 6 899 und 1964 = 520 Wohnungen gebaut worden sein.

2) Nur Wohnungsneubauten der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG).

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1964, S. 225; Ausgabe 1965, S. 241; Ausgabe 1966, S. 241; Ausgabe 1968, S. 237; Ausgabe 1969, S. 158 und Ausgabe 1990, S. 51 und 198.

Tabelle 15

Wohnungsbau in der DDR aufgeteilt nach Bauherren
verschiedener Eigentumsform 1950 - 1971

Jahr	Zugewinn von Wohnungen durch Neubau, Um- und Ausbau sowie durch Instandsetzungsmaßnahmen zur Wiederbewohnbarmachung	Davon errichtet durch ¹⁾		
		Staatliche Bauherren	Sozialistische Wohnungsbaugenossenschaften	Private Bauherren und Sonstige
	Anzahl	in %		
1950	30.992	52,2	-	47,8 ²⁾
1951	61.040	34,4	-	65,6 ²⁾
1952	47.589	23,0	-	77,0 ²⁾
1953	32.296	69,1	-	30,9 ²⁾
1954	34.740	86,6	-	13,4 ²⁾
1955	32.830	63,6	9,8 ³⁾	26,6 ²⁾
1956	32.849	52,8	14,9 ⁴⁾	32,3 ⁵⁾
1957	61.125	.	12,7	.
1958	63.466	.	23,2	.
1959 ⁶⁾	79.953	40,0	39,3	41,4
1960	80.489	35,0	50,4	14,6
1961	92.009	27,0	58,8	14,2
1962	87.249	31,0	58,1	10,9
1963	75.968	36,0	53,0	11,0
1964	76.615	.	39,8	.
1965	68.162	64,2	30,8	5,0
1966	65.278	72,3	23,7	4,0
1967	76.318	.	22,2	.
1968	75.987	77,3	19,7	3,0
1969	70.311	.	19,8	.
1970	76.088	82,2	17,8	. ⁷⁾
1971	76.020	82,3	14,8	2,9

- 1) In Bezug auf die Aufteilung der hinzugewonnenen Wohnungen auf einzelne Bauträger verschiedener Eigentumsform war die amtliche Statistik der DDR in den 35 Jahren ihrer Berichterstattung stets äußerst lückenhaft. Hinzu kommt, daß die Bezugsbasis für die Anteilsangaben verschiedentlich gewechselt wurde (Erste Bezugsbasis: Neubau ; zweite Bezugsbasis: Neubau plus Um- und Ausbau sowie Wiederinstandsetzung). Darüber hinaus fanden auch zwischen den einzelnen Gruppen von Bauherren Umgruppierungen der fertiggestellten Wohnungen statt.
- 2) Einschließlich der Wohnungsbauaktivitäten der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften privatwirtschaftlichen und ab 1956 sozialistischen Typs (GWG), des individuellen Arbeiterwohnungsbaus, des Bodenreform-Wohnungsbauprogramms für Neubauern bis 1953 (darunter Vertriebene / Aussiedler), der Bautätigkeit der MAS / MTS, der privaten Hauswirtschaften der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und der Kirchen.
- 3) Nur Wohnungsbau der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG)
- 4) Vom Jahre 1956 an umfaßt die Bauherrengruppe „genossenschaftlicher Wohnungsbau“ den Wohnungsbau der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) und den Wohnungsbau der zahlenmäßig verminderten, „sozialistisch“ umgeformten Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften (GWG).
- 5) Ab 1956 wird in diesen Anteilsangaben nur noch der Leistungsbeitrag privater Bauherren zum Wohnungsbau ausgewiesen (einschließlich Bausparer, Werk-tätige im individuellen Arbeiterwohnungsbau und Kirchen).
- 6) Ermittelt ausgehend von einem Anteil des staatlichen Wohnungsbaus von 40 %.
- 7) Im Jahre 1970 konnte in der DDR kein einziges Eigenheim und keine Privat-wohnung fertiggestellt werden.

Quellen: Der Ermittlung der Neubauleistungen und der Berechnung der Anteile wurden die nach dem Untergang der SED-Diktatur korrigierten Angaben der Wohnungsbaustatistik zugrunde gelegt. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1964, S. 225; Ausgabe 1990, S. 51; Kabermann, Heinz: „Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Sowjetzone.“ In: SBZ Archiv, 11. Jg., 1960, Heft 18, S. 279-283; Wagner, Richard (Staatliche Plankommission der DDR): „Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR.“ In: Deutsche Architektur, Berlin (Ost), 13. Jg., 1964, Heft 9, S. 570-575, hier S. 571; Buck, Hannsjörg, Schröder, Diana: „Wohnungsbau und Wohnungsbaufinanzierung in der Sowjetzone (SBZ).“ WWI-Studien Heft Nr. 11, Köln 1965, S. 26; Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67; Ministerrat der DDR und Staatli-

che Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik.“, Teil 3. Berlin (Ost) 1980, S. 126-140; Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau: Analyse über den Wohnungsbau im ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, Berlin (Ost), vom 13. März 1956, das Dokument ist als „Vertrauliche Verschlusssache“ klassifiziert, unterschrieben wurde es vom Hauptabteilungsleiter Siewert. Die Analyse umfaßt 9 Seiten mit Anlagen. Bundesarchiv, DH 1 39 284.

Sozialpolitik. Hierdurch sollten die privaten Haushaltsbudgets auf der Ausgabenseite entlastet und die Ausgabenspielräume der Familien erweitert werden. In den letzten zwanzig Lebensjahren der DDR verursachten jedoch die beträchtlichen Kostensteigerungen in der Bauwirtschaft, bei der Energieversorgung und bei der Bereitstellung sonstiger Versorgungsleistungen einen gigantischen Anstieg der Subventionen für die Wohnungswirtschaft. Dieser Finanzierungsbedarf überforderte zusammen mit anderen Subventionslasten die Staatskasse. Er sprengte den angestrebten Haushaltsausgleich und konnte schließlich in den 80er Jahren nur noch durch Geldschöpfung und durch eine wachsende innere Verschuldung des Staates gegenüber der Zentralbank gedeckt werden. Die hierdurch bewirkte Geldvermehrung verschärfte die unterdrückte Inflation, deren nachteilige Folgen vor allem die sozial Schwachen zu tragen hatten.

Tabelle 1

Geplante und tatsächlich gebaute Wohnungen in der DDR 1971 bis 1990¹⁾

Zeitperioden / Planperioden	Ziele der langfristigen Wirtschaftspläne (Angestrebte Bauleistung einschließlich Modernisierung von Wohnungen)	Tatsächlich gebaute Wohnungen (Neubau, Um- und Ausbau, ab 1983 plus Instandsetzung / Rekonsolidierung, ohne Modernisierung von Wohnungen)	Planerfüllung
		Anzahl	in % des Planzieles
4. Fünfjahrplan 1971 – 1975	500.000	.	.
Darunter:			
a) Neubau von Wohnungen	385.000	397.851	102,2
b) Um- und Ausbau-Wohnungen	.	70.103 ²⁾	.
c) Um- und ausgebaut sowie modernisierte Wohnungen	115.000	.	.
5. Fünfjahrplan 1976 – 1980	750.000	.	.
Darunter:			

a) Neubau von Wohnungen	550.000	510.874	510.874	92,9
b) Um- und Ausbau- Wohnungen.	.	50.682 ²⁾	.	.
c) Um- und ausgebaute sowie modernisierte Wohnungen	200.000	.	.	.

Zeitperioden / Planperioden	Ziele der langfristigen Wirtschaftspläne (Angestrebte Bauleistung einschließlich Modernisierung von Wohnungen)	Tatsächlich gebaute Wohnungen (Neubau, Um- und Ausbau, ab 1983 plus Instandsetzung / Rekonstruktion, ohne Modernisierung von Wohnungen)	Planerfüllung	
			Anzahl	in % des Planzieles
6. Fünfjahrplan 1981 - 1985	940.000	.	.	.
<u>Darunter:</u>				
a) Neubau von Wohnungen	600.000	531.781	531.781	88,6
b) Um- und Ausbau-Wohnungen; Instandsetzung und Rekonstruktion von Wohnungen	.	57.973 ³⁾	57.973 ³⁾	.
c) Um- und ausgebaute Wohnungen, Instandsetzung / Rekonstruktion sowie Modernisierung von Wohnungen	340.000	.	.	.
7. Fünfjahrplan	1.064.000	.	.	.

1986 – 1990				
<u>Darunter:</u>				
a) Neubau von Wohnungen	591.000	428.851 ⁴⁾	428.851 ⁴⁾	72,6
b) Um- und Ausbau-Wohnungen; Instandsetzung und Rekonstruktion von Wohnungen	.	56.929 ⁵⁾	56.929 ⁵⁾	.

Zeitperioden / Planperioden	Ziele der langfristigen Wirtschaftspläne (Angestrebte Bauleistung einschließlich Modernisierung von Wohnungen)	Tatsächlich gebaute Wohnungen (Neubau, Um- und Ausbau, ab 1983 plus Instandsetzung / Rekonstruktion, ohne Modernisierung von Wohnungen)	Planerfüllung	
			Anzahl	in % des Planzieles
c) Um- und ausgebaute Wohnungen, Instandsetzung / Rekonstruktion sowie Modernisierung von Wohnungen	473.000 ⁶⁾	.	.	.
4. bis 7. Fünfjahrplan insgesamt 1971 – 1990	3.254.000	.	.	.
<u>Darunter:</u>				
a) Neubau von Wohnungen	2.130.380	1.869.357	1.869.357	87,4
b) Um- und Ausbau von Woh-	.	235.687	235.687	.

nungen; ab 1983 zusätzlich instandgesetzte oder rekon- struierte Wohnungen	
c) Um- und ausgebauten Woh- nungen; ab 1983 zusätzlich instandgesetzte oder rekon- struierte Wohnungen; und Modernisierung von Woh- nungen	

- 1) Für die mit einem Punkt „.“ gekennzeichneten Positionen liegen keine veröffentlichten, amtlichen Planvorgaben oder IST-Ergebnisse vor.
- 2) Zugewinn an Wohnungen nur durch Um- und Ausbau, ohne Instandsetzung/Rekonstruktion und Modernisierung von Altbauwohnungen
- 3) Zugewinn an Wohnungen durch Um- und Ausbau, ab 1983 einschließlich der durch Instandsetzung/Rekonstruktion zurückgewonnenen Wohnungen.
- 4) Im letzten Jahr der DDR 1990 wurden 60.055 Wohnungen neu gebaut.

- 5) Einschließlich der 2.413 Wohnungen, die im Jahre 1990 durch Um- und Ausbau und durch Instandsetzung/Rekonstruktion hinzu gewonnen wurden (Aus- und Umbauleistung = 844 Wohnungen; Rekonstruktionsleistung = 1.569 Wohnungen).
- 6) An der Erfüllung dieses Planziels sollte sich die Massenorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) im Rahmen ihrer Aktion „Umgebaut und ausgebaut“ mit einer Fertigstellungsleistung von „mindestens 100.000 Wohnungen“ beteiligen.

Quellen: „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 - 1975“ vom 20. Dezember 1971. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 10, S. 175 - 190, hier S. 175 und S. 187; Abteilung Bauwesen des ZK der SED, Abteilungsleiter Gerhard Tröltzsch: „Information über den Stand der Erfüllung der Feierabend- und Pflegeheimplätze und der Unterrichtsräume im Fünfjahrplan 1971-1975 und des Volkswirtschaftsplanes 1975“ vom 15. Juni 1975. BArch, SAPMO, Aktenbestand des Büros Mittag im ZK der SED. DY 30 / 18 099 / 1.

Junker, Wolfgang: „Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990.“ Referat auf der 10.Tagung des ZK der SED am 2. Oktober 1973. In: Neues Deutschland vom 4. Oktober 1973, S. 5-7;

„Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1971“ vom 14. Dezember 1970. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 23, S. 363-366, hier S. 365;

„Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972“ vom 20. Dezember 1971. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 11, S. 191-195, hier S. 193;

„Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1973“ vom 14. Dezember 1972. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 20, S. 283-288, hier S. 285;

„Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1974“ vom 19. Dezember 1973. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 58, S. 563-569, hier S. 565 und S. 568;
 „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1975“ vom 12. Dezember 1974. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 62, S. 567-573, hier S. 572;
 den „Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 - 1980“. In: Neues Deutschland vom 15. Januar 1976;
 „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 - 1980“ vom 15. Dezember 1976. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 46, S. 519 - 532, hier S. 520 und S. 528;
 „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1981 - 1985“ vom 3. Dezember 1981. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 25, S. 405 - 416, hier S. 413;
 „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990“ vom 27. November 1986. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 36, S. 449 - 465, hier S. 460/61.
 Junker, Wolfgang: „Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990.“ Berlin (Ost) 1973;
 Ökonomisches Lexikon. Q - Z. 3., neu bearbeitete Auflage. Berlin (Ost) 1980, S. 685/86;
 Kleines politisches Wörterbuch. Berlin (Ost) 1986, S. 1.080-1.089.

Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, S. 166, Ausgabe 1990, S. 51 und S. 198; 1992, S. 260.

Tabelle 2

Neugebaute Wohnungen im privaten Wohnungsbau der DDR 1960 bis 1990

Jahr	Neugebaute Wohnungen		Differenz gegenüber den ursprünglichen Angaben	
	Angaben bis 1989	Angaben ab 1990		
	Anzahl			in %
1960	.	17.030	0	.
1970	0	0	0	0
1971	2.198	2.198	0	
1972	2.437	2.437	0	
1973	5.189	5.189	0	
1974	9.549	9.549	0	
1975	11.207	11.207	0	
1976	11.110	11.110	0	
1977	11.784	11.784	0	
1978	11.913	11.913	0	
1979	17.828	12.627	5.201	29,2
1980	18.998	12.996	6.002	31,6
1981	21.463	15.636	5.827	27,1
1982	18.345	14.149	4.196	22,9
1983	18.461	14.132	4.329	23,4
1984	17.853	13.486	4.367	24,5
1985	18.187	12.706	5.481	30,1
1986	17.295	11.797	5.498	31,8
1987	17.887	11.774	6.113	34,2
1988	15.692	11.755	3.937	25,1
1989		11.234		
1990				
Summe insgesamt 1971-1988	247.396	196.445		
Differenz insgesamt 1971-1988			50.951	

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 168;
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 198.

Tabelle 3

Aufteilung der Neubauleistung bei Wohnungen auf einzelne Bauträger
1970 bis 1989 ¹⁾

Jahr	Staatlicher Wohnungsneubau	Genossenschaftlicher Wohnungsneubau	Privater Wohnungsneubau
	in %		
1970	79,4	20,6	-
1971	79,3	17,3	3,4
1972	68,4	28,1	3,5
1973	61,2	32,4	6,4
1974	53,0	36,1	10,9
1975	49,7	38,5	11,8
1976	51,3	37,5	11,2
1977	49,4	39,2	11,4
1978	47,4	41,2	11,4
1979	50,6	36,9	12,5
1980	48,9	38,3	12,7
1981	50,4	35,5	14,1
1982	51,6	35,7	12,8
1983	49,9	37,0	13,2
1984	50,4	36,5	13,0
1985	56,8	30,4	12,8
1986	58,7	29,5	11,8
1987	58,9	28,3	12,8
1988	61,6	25,8	12,6
1989	60,0	26,5	13,5

1) Für die Berechnung der Anteile wurden die seit 1990 zur Verfügung stehende Angaben verwendet.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 198, und eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Durch Modernisierung ¹⁾ fertiggestellte Wohnungen in der DDR
1960 bis 1990

Jahr	Modernisierte Wohnungen		Differenz gegenüber den ursprünglichen Angaben ab 1990	
	Angaben bis 1989	Angaben ab 1990		
	Anzahl			in %
1960	8.632	8.632		
1970	10.302	10.302	10.647	48,9
1971	21.756	11.109	31.125	65,6
1972	47.474	16.349	29.551	65,6
1973	45.044	15.493	35.051	70,1
1974	49.989	14.938	32.603	72,7
1975	44.817	12.214	35.926	75,6
1976	47.526	11.600	45.351	81,1
1977	55.919	10.568	46.358	82,9
1978	55.890	9.532	36.130	79,6
1979	45.388	9.258	39.293	80,2
1980	49.017	9.724	49.990	83,8
1981	59.619	9.629	58.084	89,9
1982	64.636	6.552	63.251	84,8
1983	74.585	11.334	71.565	83,8
1984	85.380	13.815	74.901	81,9
1985	91.494	16.593	79.877	82,9
1986	96.355	16.478	82.354	82,2
1987	100.212	17.858	97.538	89,7
1988	108.732	11.194		
1989		8.986		
1990		2.413		
Summe insgesamt				
1971-1988	1.143.833	224.238		
1971-1990		235.637		
Differenz insgesamt 1971-1988			919.595	

1) Für die Angaben bis 1989 wird der Begriff "Modernisierung" hier synonym für alle Baumaßnahmen verwandt, mit denen a) entweder die

Wohnqualität von bereits gebauten Wohnungen nachhaltig verbessert wurde (entsprechend den durch die Wirtschaftsverwaltung festgelegten drei Modernisierungskategorien I - III) oder b) durch die zusätzliche Wohnungen in bereits bestehenden Gebäuden durch Um- und Ausbau geschaffen wurden. Im Statistischen Jahrbuch 1990 wurden die Angaben über die Zahl der jährlich modernisierten Wohnungen erstmals nach "Um- und Ausbau" und nach "Rekonstruktion" aufgegliedert. Für den Zeitraum 1960-1982 werden nur Angaben zum Um- und Ausbau ausgewiesen, ab 1983 erfolgt ein getrennter Ausweis erstens nach Um- und Ausbau und zweitens nach Rekonstruktion.

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR 1989, S. 168 und 1990, S. 198.

Tabelle 5

Durch Neubau und Modernisierung fertiggestellte Wohnungen
in der DDR 1960 bis 1990

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen		Differenz gegenüber den ursprünglichen Angaben	
	Angaben bis 1989	Angaben ab 1990		
	Anzahl		in %	
1960	8 0.489			
1970	76.088			
1971	86.777	76.020	10.757	12,4
1972	117.026	85.901	31.125	26,6
1973	125.769	96.218	29.551	23,5
1974	138.301	102.468	35.833	25,9
1975	140.793	107.347	33.446	23,8
1976	150.617	111.158	39.459	26,2
1977	162.745	113.846	48.899	30,0
1978	167.799	114.173	53.626	32,0
1979	162.743	110.446	52.297	32,1
1980	169.223	111.933	57.290	33,9
1981	185.350	120.545	64.805	35,0
1982	187.053	117.375	69.678	37,3
1983	197.221	118.592	78.629	39,9
1984	207.034	117.470	89.564	43,3
1985	212.222	115.722	96.500	45,5
1986	215.690	116.545	99.145	46,0
1987	214.186	109.754	104.432	48,8
1988	219.243	104.666	114.577	52,3
1989	197.929	92.347	105.582	53,3
1990		62.468		
Summe insgesamt				
1971-1988	3.059.792	1.950.179		
1971-1989	3.257.721	2.042.526		
1971-1990		2.104.994		
Differenz insgesamt				
1971-1988			1.109.613	
1971-1989			1.215.195	

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 168;
Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 198.

Tabelle 6

Entwicklung des Wohnungsbestandes^{1) 2)} in Wohn- und Nichtwohngebäuden³⁾ in der DDR und Berlin (Ost) 1950 – 1990⁴⁾

Jahr / Stichtag	Wohnungen	Zimmer/ Wohn- räume	Wohnfläche
	Anzahl		m ²
20. 06. 1950	5.079.733	12.968.298	280.739.000
31. 12. 1958	5.370.000 ⁵⁾	.	.
15. 03. 1961	5.508.788	14.270.336	289.519.000
01. 01. 1971	6.057.032	16.217.001	350.844.000
31. 12. 1978	6.448.966	.	.
31. 12. 1981	6.562.467	18.549.967 ⁶⁾	413.534.000
31. 12. 1982	6.652.736	.	.
31. 12. 1983	6.737.022	.	.
31. 12. 1984	6.817.968	.	432.172.000
31. 12. 1985	6.830.882	.	433.691.000
31. 12. 1986	6.910.720	26.294.324 ⁷⁾	440.203.000
31. 12. 1987	6.963.461	26.550.145 ⁷⁾	444.637.000
31. 12. 1988	7.001.964	26.771.139 ⁷⁾	448.572.000
31. 12. 1989	7.002.539	26.880.368 ⁷⁾	450.494.000
31. 12. 1990	7.016.977	26.982.096 ⁷⁾	452.192.000
Entwicklung des Wohnungsbestandes ^{9) 2)} in Wohn- und in Nichtwohngebäuden ³⁾ in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) 1991 - 1995			
31. 12. 1991	7.034.464	27.044.260 ⁷⁾	453.357.000
31. 12. 1992	7.046.900	27.098.041 ⁷⁾	454.424.000
31. 12. 1993	7.071.191	27.208.654 ⁷⁾	456.667.000
31. 12. 1994	7.136.712	27.504.345 ⁷⁾	462.705.000
31. 12. 1994	6.957.974 ⁸⁾	27.798.640 ⁷⁾	483.558.000
31. 12. 1995	7.055.908	28.219.616 ⁷⁾	492.113.000
Bewohnbarer Wohnungsbestand in der DDR 1990 in Wohn- und in Nichtwohngebäuden ausgehend von den Gebäude- und Wohnungszählungen 1993 / 95			
31. 12. 1990	6.468.000 ^{10) 11)}		

- 1) Ohne vorübergehend genutzte Ferien- oder Freizeitwohnungen (Datschen) und ohne Wohneinheiten ausländischer Streitkräfte auf deutschem Boden. Die Angaben für die Jahre von 1978 bis 1990 enthalten auch die als „Wohnung“ mitgezählten neugeschaffenen Heimplätze in Feierabend- und Pflegeheimen und in Wohnheimen für ältere Menschen. Darüber hinaus sind in diesen Bestandsangaben auch die als komplette „Wohnung“ mitverbuchten neuen Unterkunftsplätze in Arbeiterwohnheimen enthalten.

- 2) Die Angaben für die Jahre von 1982 bis 1994 beruhen auf Fortschreibungen ausgehend von der am 31. Dezember 1981 durchgeführten Wohnraum- und Gebäudezählung in der DDR. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Zählungstichtag nehmen in der Regel die Abweichungen vom tatsächlichen Gebäude- und Wohnungsbestand zu. Ursache hierfür sind unter anderem Unzulänglichkeiten der Fortschreibungsmethodik.
- 3) Zu den Wohnungen in Nichtwohngebäuden gehören z. B. Wohnungen in Schulen und Anstaltsgebäuden (Lehrer-, Hausmeister- und Pflegerwohnungen), Wohnungen in Büro- und Verwaltungsgebäuden, Wohnungen in Fabrikgebäuden, Hotels und in Sportstätten (Wachpersonal-, Hotelmanager- und Sportwartwohnungen) und Wohnungen in landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden.
- 4) Die Angaben über den Wohnungsbestand beruhen für die Jahre 1950, 1961, 1971 und 1981 auf den Ergebnissen der Wohnraum- und Gebäudezählungen. Die zwischen diesen Zählungen veröffentlichten Angaben zum Wohnungsbestand wurden durch Fortschreibungen ermittelt. Grundlage dieser Fortschreibungen waren die von den Gemeinden und Kreisen der DDR an die Zentralverwaltung für Statistik weiter geleiteten Zu- und Abgangsmeldungen beim Wohnungsbestand. Als Abgänge wurden jedoch nur drei Ursachen erfaßt:
- Abriß,
 - Abgänge durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, die zur Aufgabe von Wohnungen führten (nach der DDR-Befragungsterminologie wurden diese Abgänge „Verbesserung der Wohnungsstruktur“ genannt) und
 - Überführung von Wohnungen in eine ständig andere Nutzung als für Wohnzwecke.
- Als vorhandene Wohnungen wurden jedoch weiter im Bestand belassen:
- Wegen Einsturzgefahr baupolizeilich gesperrte Wohnhäuser und Wohnungen;
 - durch endgültigen Verfall bedrohte, unbewohnbar gewordene und leer stehende Wohnhäuser und Wohnungen; und
 - wegen erheblicher Bauschäden baupolizeilich gesperrte, aber dennoch weiter bewohnte Wohngebäude und Wohnungen.
- 5) Überschlägig errechnet.
- 6) Vermehrt um die Zahl der Küchen ergibt sich ein Bestand von 24.753.807 Räumen in Wohnungen.
- 7) Einschließlich Küchen.

- 8) Korrigiertes Ergebnis auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung in der früheren Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) am 30. September 1995. Danach beginnt auf dieser Grundlage eine neue Fortschreibung.
- 9) Ohne vorübergehend genutzte Ferien- oder Freizeitwohnungen (Datschen) und ohne Wohneinheiten ausländischer Streitkräfte auf deutschem Boden. Ab 1991 ohne Plätze in Wohnheimen und ohne Wohnungen in Wohnheimen.
- 10) Ohne 6 – 7 Tausend Wohneinheiten in Unterkünften (einschließlich Behelfsunterkünften), ohne die im Zeitraum 1991 bis September 1993 neu gebauten Wohnungen (rd. 46.000 Wohnungen) und ohne rd. 200.000 Wohnungen, die nach einer zurückhaltenden Schätzung im Untergangsjahr der DDR infolge von Baumängeln leer standen, baupolizeilich gesperrt waren oder kurz vor dem Abriß standen.

Nachrichtlich:

Fertiggestellte Wohnungen in der DDR und in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) 1990 bis 1994:

1990 = 62.468 Wohnungen

1991 = 16.670 Wohnungen (die Erfassung erfolgte nicht vollständig)

1992 = 11.474 Wohnungen (die Erfassung erfolgte nicht vollständig)

1993 = 23.598 Wohnungen (einschließlich Zugewinn durch Baumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden)

1994 = 67.704 Wohnungen.

Quellen: Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen in der DDR 1950, 1961, 1971 und 1981;
 Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 237; Ausgabe 1971, S. 354; Ausgabe 1983, S. 168; Ausgabe 1990, S. 200/201;
 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992, S. 260; Ausgabe 1994, S. 254 und S. 263/64; Ausgabe 1996, S. 240, 249 und S. 250-252; und Ausgabe 1998, S. 230, 238 und S. 240-243;
 Statistisches Bundesamt. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 2. Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990. Wiesbaden 1993, hier S. 7-9, S. 20/21 und Anhang; dazu Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 15. Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Wiesbaden 1994, S. 77 – 98;
 Scheewe, Peter: „Wohnungen und ihre Ausstattung. Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993.“ In: Wirtschaft und Statistik. Nr. 5/1995, S. 361-365;

Winter, Horst: „Gebäude und Wohnungszählung 1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Aufgaben und Inhalt der geplanten Erhebung.“ In: Wirtschaft und Statistik, Nr. 8/1995, S. 605-610; und Ders.: „Gebäude- und Wohnungsbestand in den neuen Ländern und Berlin-Ost.“ In: Wirtschaft und Statistik, Nr. 12/1996, S. 777-783.

Tabelle 7

Gebaute Wohnungen in der SBZ / DDR 1945 bis 1990

Jahr	Insgesamt gebaute oder durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen ¹⁾	<u>Darunter:</u>			
		Neubau ²⁾	Durch Um- und Aus- bau in bestehenden Gebäuden gewonne- nen Wohnungen ³⁾	Durch Rekonstruktion in bestehenden Ge- bäuden gewonnene Wohnungen	Geschaffene Wohn- fläche in 1.000 qm
1945					
1946	43.110 ⁴⁾	17.801 ⁴⁾	25.309 ⁴⁾		
1947					
1948	26.500	10.890	15.610		
1949	29.825	15.320	14.480	.	1.730
1950	30.992	19.470	11.530	.	1.800
1951	61.040	28.950	32.050	.	3.565
1952	47.589	22.360	25.229	.	2.882
1953	32.296	29.340	2.956	.	1.991
1954	34.740	31.409	3.291	.	2.237
1955	32.830	29.736	3.064	.	2.157
1956	32.849	31.294	1.506	.	2.109
1957	61.125	45.702	15.398	.	3.714
1958	63.466	49.561	13.905	.	3.750

403

1959	79.953	67.314	12.639	.	4.487
1960	80.489	71.857	8.632	.	4.447
1961	92.009	85.580	6.429	.	5.063

Jahr	Insgesamt gebaute oder durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen ¹⁾	<u>Darunter:</u>			
		Neubau ²⁾	Durch Um- und Ausbau in bestehenden Gebäuden gewonnenen Wohnungen ³⁾	Durch Rekonstruktion in bestehenden Gebäuden gewonnene Wohnungen	Geschaffene Wohnfläche in 1.000 qm
1962	87.249	80.139	7.110	.	4.867
1963	75.968	69.321	6.647	.	4.217
1964	76.615	69.345	7.270	.	4.017
1965	68.162	58.303	9.859	.	3.530
1966	65.278	53.366	11.912	.	3.370
1967	76.318	59.107	17.211	.	3.876
1968	75.987	61.863	14.124	.	4.126
1969	70.311	56.547	13.764	.	3.955
1970	76.088	65.786	10.302	.	4.256
1971	76.020	64.911	11.109	.	4.395
1972	85.901	69.552	16.349	.	4.905
1973	96.218	80.725	15.493	.	5.573
1974	102.468	87.530	14.938	.	6.185
1975	107.347	95.133	12.214	.	6.505
1976	111.158	99.558	11.600	.	6.793
1977	113.846	103.278	10.568	.	7.014
1978	114.173	104.641	9.532	.	7.086
1979	110.446	101.188	9.258	.	6.917

1980	111.933	102.209	9.724	.	7.068
1981	120.545	110.916	9.629	.	7.644
1982	117.375	110.823	6.552	.	7.305
1983	118.592	107.258	4.396	6.938	7.394
Jahr	Insgesamt gebaute oder durch Um- und Ausbau gewonnene Wohnungen ¹⁾	<u>Darunter:</u>			
		Neubau ²⁾	Durch Um- und Ausbau in bestehenden Gebäuden gewonnenen Wohnungen ³⁾	Durch Rekonstruktion in bestehenden Gebäuden gewonnene Wohnungen	Geschaffene Wohnfläche in 1.000 qm
1984	117.470	103.655	3.555	10.260	7.185
1985	115.722	99.129	3.432	13.161	7.103
1986	116.545	100.067	3.367	13.111	7.129
1987	109.754	91.896	3.302	14.556	6.776
1988	104.666	93.472	2.747	8.447	6.569
1989	92.347	83.361	2.374	6.612	5.895
1990	62.468	60.055	844	1.569	.

1) In den Angaben für die Jahre bis 1960 sind auch diejenigen Wohnungen als Bauergebnis enthalten, die in dem betreffenden Jahr noch nicht restlos fertig gestellt werden konnten, aber schon bezogen worden waren. Bei diesen Wohnungen wurden z.B. die Maler-, Tapezier- oder Installationsarbeiten erst im Folgejahr abgeschlossen. Ab 1961 wurden in der Statistik nur die restlos fertiggestellten Wohnungen ausgewiesen.

- 2) Die im Zeitraum von 1945 bis 1952 neu gebauten Wohnungen wurden zumeist auf den Fundamenten zerstörter Wohnhäuser errichtet.
- 3) Bis einschließlich 1952 entstanden neue Wohnungen überwiegend durch die Instandsetzung und durch den Um- und Ausbau von im Kriege teilweise zerstörten und ausgebrannten Wohnungen.
Außerdem sind in dieser Rubrik auch diejenigen Wohnungen erfaßt worden, die zeitweise zweckentfremdet genutzt wurden (z.B. als Werkstätten) und die dann nach einer Renovierung und nach einem Umbau wieder als Zugang dem Wohnungsbestand hinzugerechnet wurden.
- 4) Ergebnis der Jahre 1945 - 1947

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 25; Ausgabe 1974, S. 166; Ausgabe 1990, S. 51 und 198;
 Akten der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der SBZ, verwahrt im Aktenüberlieferungsbestand des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR. BArch DQ 2 4000;
 „Wohnungen für eine Million Menschen“. In: Vierteljahreshefte zur Statistik, Berlin (Ost), 2. Jg., Nr. 4/1958, Deckblatt;
 Kabus, Günter: „Zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus“. In: Deutsche Architektur, 10. Jg., Nr. 11/1961, S. 598-604;
 Rehfeldt, Hans: „Vom Wohnungsbau in unserer Republik“. In: Neues Deutschland vom 31. August 1965, S. 3;
 Hoffmann, Manfred: „Wohnungspolitik der DDR“, Düsseldorf 1972, S. 66/67;
 Hoffmann, Manfred: „Sozialistische Mietenpolitik in der DDR“. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 129, Heft Nr. 2/1973, S. 246 - 291, hier Tabelle 3 auf Seite 263;

Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 20. Wohnungsbau nach Räumen und Wohnflächen 1980 bis 1990. Wiesbaden 1995, S. 15; und
 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992, S. 260.

Tabelle 8

Leerstehende Wohnungen in Wohngebäuden in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost)
aufgeteilt nach den Gründen des Leerstehens (Stand: 30. September 1995)

Grund des Leerstehens	In traditionell errichteten Wohngebäuden		In Montageweise errichteten Wohngebäuden	
	Anzahl ¹⁾	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Noch nicht bezogene Neubauwohnungen	6.879	1,6	704	1,9
Zur Zeit Wechsel des Wohnungsnutzers	47.662	11,4	10.142	27,8
Zur Zeit instandgesetzt, umgebaut und modernisiert	133.890	31,9	7.815	21,5
Schwerwiegende Bau- und Ausrüstungsmängel	116.892	27,8	3.610	9,9
Für den Abriß vorgesehen	16.170	3,9	806	2,2
Sonstige Gründe	98.328	23,4	13.364	36,7
Insgesamt leerstehende Wohnungen	419.821	100,0	36.461	100,0

- 1) Ohne Wohnheime und ohne Zweit-Wohngebäude (Datschen) mit Wohnmöglichkeiten für ein oder zwei Ferien- oder Gastfamilien.

Quelle: Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 30. September 1995. In: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1998, S. 242.

Tabelle 9

Veränderungen in der Altersstruktur des Wohnungsbestandes der DDR von 1971 bis 1989

Abgang von Wohnungen aufgeteilt nach dem Zeitraum ihrer Errichtung

Bauzeitraum	1971		1989		Wohnungsabgänge 1972 - 1989 in % des Bestandes von 1971	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	
Vor 1945	4.797.169	79,2	3.802.179	54,3	994.990	20,7
1946 - 1960	611.760	10,1	597.016	8,5	14.744	2,4
1961 - 1970	648.103	10,7	626.427	9,0	21.676	3,3
1971 - 1980			924.23	13,2		
1981 - 1989			1.052.682	15,0		
Wohnungsbestand	6.057.032	100,0	7.002.539	100,0		
Wohnungsabgänge bezogen auf das Jahr 1971					1.031.410	17,0

Quellen: Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung 1971. In: Statistische Praxis, Berlin (Ost), Nr. 9/1972, S. 371-376, hier S. 373; Information „Statistische Angaben zum Wohnungsbau und Wohnungsbestand“. BArch, SAPMO, Aktenbestand Büro Krenz. DY / IV 2 / 2. 039/270. Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozial Report DDR

1990“. Bonn 1990, S. 162; sowie eigene Berechnungen; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft Nr. 15. Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Berlin, Februar 1994, S. 96.

Tabelle 10

Altersstruktur des Wohnungsbestandes in der DDR
Stand: 1989/90

Bauzeitraum der Wohnhäuser	Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser ¹⁾	Insgesamt
	in %		
Vor 1918	48,2	28,9	35,1
1919 – 1945	30,0	13,7	18,9
1946 – 1960	9,6	8,0	8,6
1961 – 1970	2,5	12,1	9,0
1971 – 1980	4,0	17,6	13,2
1981 – 1989/90	5,7	19,7	16,2
Vor 1918 – 1989/90	100,0	100,0	100,0
Vor 1918			35,0
1919 - 1945			19,0
1946 – 1989/90			46,0
Vor 1918 -1989/90			100,0

1) Einschließlich Hochhäuser und Wohnblocks unterschiedlicher Größenordnung in Plattenbauweise.

Quellen: Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozial Report DDR 1990.“ Bonn 1990, S. 162; Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Bereich Prognose: „Die Wohnungssituation in der DDR zu Beginn des Jahres 1990.“ Berlin (Ost) 1990, Manuskriptdruck.; Winkler, Gunnar (Gesamtredaktion und Gestaltung): „Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern.“ Berlin 1993, S. 164; und eigene Berechnungen.

Tabelle 11

Bauzustand der Wohnhäuser in der DDR
1979/80 und 1990

Bauzustandsstufen ¹⁾	Mehrfamilienhäuser ²⁾		Ein- und Zweifamilienhäuser
	1979/80	1990	1990
	in %		
Qualitätsstufe I	21,0	9,0	30,0
Qualitätsstufe II	58,0	40,0	50,0
Qualitätsstufe III	19,0	40,0	17,0
Qualitätsstufe IV	2,0	11,0	3,0

- 1) Nach amtlichen Vorgaben wurde der Bauzustand von Wohnhäusern wie folgt eingestuft:
 I = Gut erhalten;
 II = Geringe Schäden am Wohngebäude und der Ausrüstung der Gebäude (Verschleißquote 6 – 25 %);
 III = Schwere Schäden (Verschleißquote 26 – 50 %);
 IV = Weitgehend verfallen, durch die Staatliche Bauaufsicht gesperrt, unbewohnbar oder nur noch auf eigene Gefahr nutzbar.

Genehmigungen für den Abriß von Wohngebäuden der Bauzustandsstufe III und IV konnten durch die Räte der Bezirke erteilt werden.

- 2) Die Angaben beziehen sich nur auf die vor 1945 errichteten Mehrfamilienhäuser.

Quellen: Krehl, H.-J. (Hrsg.) und Autorengemeinschaft: „Wohnbaubestand und Wohnbaubedarf in der DDR. (Zustand, Erhaltungs- und Erneuerungserfordernisse städtischer Bausubstanz, vor allem der Wohngebäude in der DDR).“ Untersuchungsergebnisse erstellt unter Verwendung der bis 1990 geheimgehaltenen Arbeitsergebnisse der Forschungsinstitute der Bauakademie der DDR. Bremerhaven 1990, S. 21-24; Hochrechnungen des Instituts für Ökonomie der Bauakademie der DDR auf der Grundlage repräsentativer Stichproben, zitiert bei Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR.“ Bonn 1990, S. 162; Schunk, Edmund: „Wie alt sehen unsere Städte aus?“ In: Technische Gemeinschaft. Zeitschrift der Kammer der Technik, Berlin (Ost), 38. Jg., Nr. 7/1990, S. 5-7, hier S. 5; Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisträte der DDR (Hrsg.): „Wohnungswirt-

schaft.“ Berlin (Ost) 1971, S. 270/71; Wolfgang Junker, Gerhard Tröltzsch: Schreiben an den Sekretär für Wirtschaft des ZK, Günter Mittag, vom 29. Juni 1979 mit folgender Beschlußvorlage für den Ministerrat der DDR: „Maßnahmen zur weiteren konsequenten Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im Zeitraum 1976 bis 1980 einschließlich der effektivsten Nutzung und Erhaltung der Bausubstanz.“ BArch, SAPMO, DY 30 / 33 744; Ostwald, Werner (Hrsg.): „Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern.“ Berlin 1990, S. 148-150.

Tabelle 12

Wohnungsbestand bei Ein- und Mehrfamilienhäusern
in der DDR
aufgeteilt nach Eigentümern 1989

Eigentumsformen	Mehrfamilienhäuser	Ein- und Zweifamilienhäuser
	in %	
Staatliche Wohnhäuser	54,4	12,5
Genossenschaftliche Wohnhäuser	20,6	3,1
Private Wohnhäuser	25,0	84,4
Insgesamt	100,0	100,0

Quelle: Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozialreport DDR 1990.“ Bonn 1990, S. 161.

Tabelle 13Wohnungen in sämtlichen Gebäudearten ¹⁾ aufgeteilt nach Ausstattungsmerkmalen 1961 bis 1989 ²⁾

Stichtag der Zählung / Jahresende	Wohnungen insgesamt	Ausstattungsmerkmale					
		Anschluß an das Öffentliche Netz für			Innentoilette ³⁾	Bad/ ⁴⁾ Dusche	Zentral- oder Etagenheizung /Fernheizung ⁵⁾
		Trinkwasser	Gas	Abwasser- kanalisation			
	Anzahl						
15.03. 1961	5.508.788	3.587.637	2.683.388	2.163.037	1.787.201	1.206.351	136.378
01.01. 1971	6.057.032	4.969.019	3.234.265	3.757.183	2.522.022 ⁶⁾	2.334.961	619.443
31. 12. 1981	6.562.467	6.159.143	3.362.476	4.653.793	4.048.633 ⁶⁾	4.457.810	1.718.622
31. 12. 1983	6.817.968	.	.	.	4.295.320	4.840.757	2.659.008
31. 12. 1985	6.830.882	.	.	.	4.508.382	5.054.853	2.868.970
31. 12. 1987	6.963.461	.	.	.	4.874.423	5.361.865	3.063.923
31. 12. 1989	7.001.964	.	.	5.111.434	5.321.493	5.741.610	3.290.923
in %							
15. 03. 1961	100,0	65,1	48,7	39,3	32,4	21,9	2,5
01.01. 1971	100,0	82,0	53,4	62,0	41,6 ⁶⁾	38,5	10,2
31. 12. 1981	100,0	93,9	51,2	70,9	61,7 ⁶⁾	67,9	26,2
31. 12. 1983	100,0	.	.	.	63,0	71,0	39,0
31. 12. 1985	100,0	.	.	.	66,0	74,0	42,0

415

31. 12. 1987	100,0	.	.	.	70,0	77,0	44,0
31. 12. 1989	100,0	.	.	73,0	76,0	82,0	47,2 ⁷⁾

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden, Nichtwohngebäuden und Behelfsunterkünften.
- 2) Die Prozentziffern für die Jahre 1983 bis 1989 beruhen auf Hochrechnungen. Verantwortlich hierfür waren das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, das Institut für Ökonomie und das Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR. Die Angaben über die in diesem Zeitraum unterstellte Wohnqualität der Wohnungen in absoluten Größen wurden auf der Grundlage der Prozentziffern errechnet.
Bei den in Prozentangaben ausgewiesenen Verbesserungen des Wohnkomforts darf nicht außer Acht gelassen werden, daß diese nicht nur durch Neubau- und Modernisierungsleistungen zustande kamen, sondern auch durch den Abgang von Altbauwohnungen ohne besonderen Wohnkomfort durch Sperrung und Abriß.
- 3) Bei den Wohnungen mit Innentoilette handelte es sich entweder um ein WC mit Wasserspülung oder um eine Trockentoilette.
- 4) Wohnungen, denen ein Bad oder einer Dusche gutgeschrieben wurde, mußten in einem extra dafür vorgesehenen Raum über eine Badewanne oder eine Dusche mit Abfluß verfügen. Ferner mußte das notwendige Warmwasser aus einem Badeofen, einer Therme oder einer Warmwasserversorgungsleitung stammen. Erfäßt wurden auch Duschkabinen, sofern sie einen Abfluß hatten.

- 5) Unter diesem Ausstattungsmerkmal wurden ab 1983 erfasst: Zentral- oder Etagenheizung, Fernheizung durch Heizwerke/Heizkraftwerke und Offenheizung für Strom, Gas oder Öl (z.B. Nachtspeicheröfen). Diese Sammlung von Heizformen wurde in der Statistik der DDR zumeist unter dem Begriff „moderne Heizung“ zusammengefaßt.
- 6) Darunter befanden sich 1971 44 % und 1981 23 % der Wohnungen, die lediglich über eine Trockentoilette verfügten.
- 7) Der Anteil der durch Fernwärme versorgten Wohnungen betrug 1989 25 %.

Quellen: Hagemann, Fritz (Leiter des Zentralen Zählbüros der Wohnraum- und Gebäudezählung 1971): „Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung 1971.“ In: Statistische Praxis, 27. Jg., Berlin (Ost), Nr. 9/1972, S. 371-376; Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft Nr. 15. Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Wiesbaden 1994, S. 90/91, S. 95, S. 383 und S. 395-398; Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 172; Ausgabe 1990, S. 191 und S. 202; Winkler, Gunnar (Hrsg.): „Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR.“ Stuttgart, Bonn 1990, S. 158 und S. 165/66; „Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern.“ Berlin 1993, S. 167/68; Manzel, Karl-Heinz: „Von der Wohnlaube zum Wohnblock – Ziel der ‚registrierten Antragstellung‘.“ In: Hölder, Egon (Hrsg.): „Im Traub durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR.“ Wiesbaden 1992, S. 251 – 264, hier S. 257 und S. 263/64; Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie: „Studie zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 in der DDR.“ Nicht veröffentlicht. Parteinterne Material. Berlin (Ost), Juni 1985, S. 14/15 und S. 32/33.

Tabelle 14

Beheizungsstruktur der Wohnungen in der DDR
Stand: September 1990

Art der Beheizung	Wohnungen	
	Anzahl in Tsd.	in %
Einzelfeuerstätten (Holz, Braunkohle, Brikett)	3.418	48,3
Fern- und Nahwärme	1.746	24,7
Wohnungszentralheizung (Holz, Brikett)	1.056	14,9
Kombiniertes Heizsystem (Brikett/Gas)	481	6,8
Gasheizung (Vollbeheizt)	180	2,5
Kombiniertes Heizsystem (Brikett / Elektroenergie)	152	2,1
Elektroheizung (Vollbeheizt)	47	0,7
Wohnungen insgesamt	7.080	100,0

Bedeutung der eingesetzten Energieträger bei der Wohnraumbeheizung
in der DDR 1990

Energieträger	Anteil in %
Kohle (Braunkohle, Brikett)	65,0
Fernwärme u. a.	23,0
Gas	8,0
Strom	3,0
Öl	1,0

Quellen: „Mitteilung des Instituts für Heizung, Lüftung und Grundlagen der Bautechnik der Bauakademie der DDR.“ In: Bauzeitung, Berlin (Ost), Nr. 6/1991, S. 391. Eine weitgehend identische Beheizungsstruktur ermittelte für 1989 das Landesbauforschungsinstitut Sachsen auf der Grundlage interner Materialien des Ministeriums für Kohle und Energie der DDR, Leipzig 1991. Zum Beleg siehe auch Gluch, Erich und Autorengemeinschaft: „Baubedarf in den neuen Bundesländern bis 2005.“ Ifo-Studien zur Bauwirtschaft 18, München 1992, S. 38.

Tabelle 15

Behördlich anerkannter Wohnungsbedarf
und Zahl der Dringlichkeitsanträge von Wohnungssuchenden
auf die Zuweisung einer Wohnung in der DDR
1980 bis 1989

Stichtag	Registrierte Anträge bei den Wohnungsbehörden auf Zuweisung einer Wohnung	Darunter:	Darunter:
		Wohnungsanträge von jungen Eheleuten	Wohnungsanträge von jungen Eheleuten ohne eigene Wohnung
		Anzahl	
31. 12. 1980	789.000	.	.
31. 12. 1985	787.000	.	.
31. 12. 1987	786.830	83.404	ca. 49.200
30. 06. 1988	759.290	76.688	44.922
31. 12. 1989	778.352	.	.

Quelle: Interne Daten des Statistischen Amtes der DDR;

Ostwald, Werner (Hrsg.): „Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern.“ Berlin 1990, S. 106/107 und S. 109; Hausmitteilung der Abteilung Jugend des ZK der SED an den Sekretär des ZK, Egon Krenz, über die Ergebnisse der Wohnraumversorgung junger Eheleute Ende 1987 und im ersten Halbjahr 1988. Aktenüberlieferung Büro Krenz. BArch, SAPMO, DY 30 / IV 2/2.039/270.

Tabelle 16

Wohnungsbestand in der DDR
1971 bis 1989
aufgeteilt nach Eigentumsformen

Eigentumsverhältnisse	1971	1981	1985	1989
	in %			
Staatlich	28,0	37,0	39,0	41,0
Genossenschaftlich	10,0	15,0	16,0	18,0
Privat	62,0	48,0	45,0	41,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 201.

Tabelle 17

Anstieg der Zuschüsse aus dem Staatshaushalt der DDR
für die Sicherung stabiler Mieten 1970 bis 1987

Jahr	Ausgaben
	in Mio. Mark
1970	1.014,1
1975	2.291,8
1976	2.954,6
1977	3.701,0
1978	4.189,7
1979	4.607,2
1980 ¹⁾	
1984 ²⁾	5.365,0
1987	7.500,0

1) Infolge von Umstellungen in der Haushaltssystematik der DDR enthalten ab 1980 auch die geheimen Haushaltsabrechnungen des Ministeriums der Finanzen der DDR für den Ministerrat keine klar abgegrenzten Angaben mehr über die Höhe der Budgetzuschüsse zur Sicherung stabiler Mieten.

2) Geplant

Quellen: Geheime Haushaltsabrechnungen des Ministeriums der Finanzen für den Ministerrat der DDR für die Jahre von 1971 bis 1989. Kopien aus dem Verschlusssachen-Archiv der ehemaligen Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Berlin (Ost); BArch, SAPMO, Aktenbestand Büro Krenz, DY 30 / IV 2 / 2. 039 / 270. Möbis, Harry (Ab Oktober 1967 Staatssekretär und Leiter der „Arbeitsgruppe Staats- und Wirtschaftsführung“ beim Ministerrat der DDR; ab 1973 Staatssekretär und Leiter der Arbeitsgruppe „Organisation und Inspektion“ beim Vorsitzenden des Ministerrates): Krisenanalyse zur Lage der Wirtschaft der DDR 1988 für den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph. 28 Seiten mit Anlagen, hier S. 22. BArch, Aktenbestand des Ministerrates der DDR, DC 20 / 5311.

Tabelle 18

Struktur der Finanzierungsquellen des „komplexen Wohnungsbaus“ und der Wohnungswirtschaft aller Eigentumsformen in der DDR 1980 bis 1988

Finanzierungsquellen	1980		1985		1986		1987		1988	
	Mrd. Mark	in %	Mrd. Mark	in %	Mrd. Mark	in %	Mrd. Mark	in %	Mrd. Mark	in %
Finanzmittel aus dem Staatshaushalt	7.048,6	40,5	12.800,1	47,2	14.293,0	51,0	15.252,3	52,4	16.025,8	53,1
Kredite der staatlichen Bankenorganisation	5.028,9	28,9	8.223,5	30,3	7.612,0	27,2	7.314,0	25,1	7.489,1	24,8
Mittel der VEB und Kombinate für das Wohnungswesen, darunter für den Werks-Wohnungsbau ¹⁾	568,0	3,3	577,0	2,1	589,0	2,1	604,0	2,1	706,0	2,4
Eigenmittel verschiedener Bauträger ²⁾	4.741,8	27,3	5.531,1	20,4	5.507,0	19,7	5.939,0	20,4	5.944,0	19,7
Finanzielle Ausgaben insgesamt	17.387,3	100,0	27.131,7	100,0	28.001	100,0	29.109,3	100,0	30.164,9	100,0

- 1) Die von den VEB und Kombinaten bereitgestellten Finanzmittel stammten aus den betriebseigenen Kapitalsammelbecken der „Kultur- und Sozialfonds“.
- 2) Dieser Sammelposten umfaßte
 - die Mieteinnahmen der VEB der Wohnungswirtschaft;
 - die Mieteinnahmen der sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften;
 - die Mittel der privaten Hausbesitzer einschließlich der von ihnen erzielten und eingesetzten Mieteinnahmen;
 - die von den Genossenschaftsmitgliedern der sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften bereitgestellten Mittel; und
 - das private Sparkapital der Erbauer von Eigenheimen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 266/67 und Ausgabe 1989, S.266-269.

Tabelle 19

Entwicklung der Ausgaben des Staatshaushalts der DDR
für den „komplexen Wohnungsneubau“
und für die Erhaltung, Modernisierung, Verwaltung und Bewirtschaftung des staatseigenen Wohnungsbestandes
1978 bis 1988

Ausgabearten Ausgaben für	Ausgaben							
	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben
	1978		1980		1985		1988	
den Wohnungsneubau ¹⁾			1.979,1	28,1	2.584,9	20,2	2.820,0	17,6
den Neubau von gesellschaftlichen Einrichtungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen ¹⁾	1.772,3 ⁶⁾	29,4						
²⁾			94,3	1,3	222,1	1,7	1.077,0	6,7
die Modernisierung von staats-eigenen Wohnungen	200,0	3,3	230,0	3,3	483,5	3,8	600,0	3,8
Baureparaturen am Wohnungsbestand ³⁾	1.009,3	16,7	1.169,6	16,6	2.845,2	22,2	3.446,8	21,5

die Bereitstellung von Versorgungs- und Entsorgungsleistungen und die Verwaltung des staatseigenen Wohnungsbestandes ^{3) 4)}	1.397,0	23,1	1.600,0	22,7	3.541,7	27,7	4.246,8	26,5
---	---------	------	---------	------	---------	------	---------	------

Ausgabearten Ausgaben für	Ausgaben							
	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben	Mio. Mark	in % der Gesamt- ausgaben
	1978		1980		1985		1988	
Zinsen und Tilgung von Investitionskrediten im Wohnungsneubau ⁵⁾	1.661,2	27,5	1.975,6	28,0	3.122,8	24,4	3.835,2	23,9
Ausgaben insgesamt	6.039,8	100,0	7.048,6	100,0	12.800,2	100,0	16.025,8	100,0
Steigerung der Ausgaben für den „komplexen Wohnungsneubau“ und die Wohnungswirtschaft innerhalb von zehn Jahren (1988 : 1978) um 165 %.								

1) Einschließlich der Ausgaben für die Aufschließung der Baugelände.

2) Hierbei handelt es sich um den Neubau von Bildungs-, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Neubausiedlungen unbedingt erforderlich waren (Schulen, Bibliotheken,

Kinderkrippen, Kindergärten, Pionierhäuser, Jugendclubs, Freizeiteinrichtungen, medizinische Ambulatorien, Wäschereien und Reinigungen usw.).

3) Die Ausgaben für diese beiden Ausgabenposten sind mit der staatlichen Subventionierung der Mieten weitgehend identisch.

- 4) Hierzu gehören die Ausgaben für die Wärme-, Warmwasser- und Energieversorgung sowie für die Müllabfuhr (= Bewirtschaftungskosten), die Begrünung der Grundstücksflächen um die staatseigenen Wohnblocks in den Neubausiedlungen, die Verwaltung des Wohnungsbestandes und weitere kleine Wirtschaftsaufwendungen. Ohne Preisstützungssubventionen für die Erhaltung stabiler, staatlich festgesetzter Gebühren für die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbehandlung.
- 5) Ohne Zinszuschüsse und ohne die Übernahme der Tilgungslasten für Kredite an junge Ehepaare zur Beschaffung von Wohnungsausstattungen oder für die Durchführung von Bauvorhaben im Wohnungsbau (z. B. den Um- und Ausbau von Wohnungen).
- 6) Ausgaben für den Wohnungsneubau und den Neubau von gesellschaftlichen Einrichtungen zusammengekommen.

Quelle: Geheime Haushaltsabrechnungen des Ministeriums der Finanzen für den Ministerrat der DDR für die Jahre 1978 bis 1988. Kopien aus dem Verschlusssachen-Archiv der ehemaligen Zentralverwaltung für Statistik der DDR; und Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 266-269.

Tabelle 20

Anstieg der Staatsverschuldung der DDR 1970 bis 1989
bedingt durch die Abnahme der steuerlichen Ertragskraft der Staatswirtschaft,
die wachsenden Einnahmelücken im Staatshaushalt und
durch den zunehmenden Kreditbedarf der sozialistischen Wohnungswirtschaft

Jahr	Verbindlichkeiten des SED-Staates gegenüber der Staatsbank (Kreditsystem)	Anteil der Staatsschulden in % gemessen am jeweiligen Jahresvolumen des Staatsetats
	Stand: 31. Dezember	
	in Mrd. Mark	in %
1970	rd. 12,0	19,5
1980	rd. 43,0	29,6
1986	72,4	31,6
1987	12,7	45,5
1988	123,0	49,0
1989	126,4	50,0

Quellen: Geheimdokumente der SED. In: Bundesarchiv / SAPMO, DC 20 / 5311; J IV 2/2 2356; DY 30 / 38 521, Bd. 2; und DY 30 / 41 753, Bd. 2; Jahresbericht der Staatsbank der DDR 1989, vorgelegt am 29. März 1990 in Berlin (Ost); Buck, Hannsjörg F.: „Öffentliche Finanzwirtschaft im SED-Staat und ihre Transformationsprobleme.“ In: Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Hrsg. vom 13. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999, Bd. III/2, S. 975-1267, hier insbes. S. 1147/48 und S. 1101-1267.

Literaturverzeichnis

Verzeichnis ungedruckter Quellen

- Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie: Studie zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 in der DDR. Parteiinternes Material. Berlin Juni 1985.
- Akten der Abteilung Bauwesen des ZK der SED und des Sekretärs für Wirtschaft des ZK der SED, Günter Mittag, BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616.
- Akten der Deutsche Bauakademie, BArch, DH 2, DBA, / A / 292.
- Akten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft der SBZ (1945 – 1947; der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 1948 – 1949 und des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft der DDR 1949 – 1960, BArch, DK 1 7688; DK 1 7689; DK 1 7703; DK 1 8418 – 8419; DK 1 8835 und DK 1 8889.
- Akten der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 1948 - 1949, BArch, DQ 2 4000.
- Akten der Staatlichen Plankommission (SPK) 1950 – Januar 1990, DE 1 VA 56286.
- Akten des Büros Mittag im ZK der SED und der Wirtschaftskommission des ZK unter der Leitung von Mittag. BArch, SAPMO DY 30 / 18098 / 2; DY 30 / 18099 / 1; DY 30 / 18099 / 2; DY 30 / IV 2/2.021 / 615; DY 30 / IV 2/2.021 / 616; DY 30 / IV A 2/2. 021 / 615; DY 30 / IV A 2/2. 021 / 618; DY 30 / 26 106; DY 30 / 33 744; DY 30 / 33 745; DY 30 IV 2/2. 101/116 und DY 30 IV 2/2. 101/51.
- Akten des Büros Krenz im ZK der SED. BArch, SAPMO DY 30 / IV 2/2. 039/270.
- Akten des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung der DDR 1954 - 1958, Abteilung Wohnungswesen, BArch, DQ 2 – 3985; DQ 2 – 3996; DQ 2 / 888; DQ 2 3954; DQ 2 3985 und DQ 2 3996.
- Akten des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen 1949 - 1950, Hauptverwaltung Arbeit, Hausmitteilungen, Berichte, BArch, DQ 2 – 3970.

Akten des Ministeriums für Aufbau, Hauptabteilung Schwerpunktbauten, Abteilung Wohnungsbau, Analysen, Leitungsvorlagen, Schreiben, BArch, DH 1 39 284 und DH 1 39 287.

Akten des Ministerrates der DDR. BArch, DC 20 / 5311; DC I / 4 / 4183.

Akten des Politbüros des ZK der SED, BArch, SAPMO, DY 30 J IV 2/2 A – 1668.

Akten des Staatsrats der DDR, Abteilung Industrie, Bauwesen und Verkehr. BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/2. 021 / 616.

Akten des Zentralkomitees der SED, BArch, SAPMO, DY 30 J IV 2/2 A / 3196; DY 30 / 38 / 521, Bd. 2; und DY 30 / 41 753, Bd. 2.

Dienemann, Otto: Struktur der Bauwirtschaft und Baubedarf in der DDR und im Berliner Raum. Vom Verfasser zur Verfügung gestelltes Manuskript. Berlin (Ost), November 1990.

Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR/ Statistisches Amt der Stadt Berlin: Sozialreport Ost-Berlin 1990, Daten und Fakten zur sozialen Lage. Manuskript, Berlin (Ost), September 1990.

Jahresbericht 1989 der Staatsbank der DDR, vorgelegt als Manuskriptdruck am 29. März 1990 in Berlin (Ost).

Möbis, Harry (Leiter der Arbeitsgruppe Staats- und Wirtschaftsführung beim Ministerrat der DDR): Krisenanalyse zur Lage der Wirtschaft der DDR 1988 für den Ministerpräsidenten Willi Stoph. 28 Seiten mit Anlagen. BArch, Aktenbestand des Ministerrates der DDR, DC 20 / 5311.

Verzeichnis gedruckter Quellen

Gesetzes- und Verordnungsquellen

Amtliche Nachrichten des Landes Sachsen, Dresden 1945 – 1946/7; Titeländerung: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesverwaltung Sachsen, Dresden 1946/8 – 1947; Titeländerung: Gesetz- und Verordnungsblatt Land Sachsen, Dresden 1948 – 1952.

Amtsblatt der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Berlin 1946/47.

Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1946 – 1947/2; Titelländerung: Regierungsblatt für Mecklenburg, Schwerin 1947/3 – 1952.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Hrsg. vom Alliierten Sekretariat. Berlin 1945 – 1949.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, GBl., Berlin (Ost), ab 1949.

Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1949-1952. Fortgesetzt durch das Zentralblatt (ZBl.) der DDR.

Regierungsblatt für die Provinz Thüringen, Weimar 1945/1-2; Titelländerung: Regierungsblatt für das Land Thüringen, Weimar, Teil I, 1945/3 – 1952; Teil II, 1946 – 1952; Teil I, 1946 – 1948.

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR. Berlin (Ost) 1956.

Verordnungsblatt (VOBl.) der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Potsdam 1945 – 1946/19; Titelländerung: Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Potsdam 1946/20 – 1947/13; Titelländerung: Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Mark Brandenburg, Potsdam 1947/14 – 1948/8; Titelländerung: Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg, Potsdam 1948/9 – 1952.

Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Halle/Saale 1945 – 1946; Titelländerung: Gesetzblatt der Provinz Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 1947/1 – 1947/15; Titelländerung: Gesetzblatt des Landes Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 1947/16 – 1950/2; Titelländerung: Gesetz- und Amtsblatt des Landes Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 1950/3 – 1952.

Zentralblatt der Deutschen Demokratischen Republik, ZBl., Berlin (Ost), 1953-1976.

Zentralverordnungsblatt (ZVOBl.). Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Hrsg. von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland. Berlin (Ost), 1947 - 1949.

Zivilgesetzbuch der DDR (ZGB) mit Einführungsgesetz und Durchführungsverordnung über Rechte und Pflichten bei der Reklamation nicht qualitätsge rechter Waren. Textausgabe mit Sachregister. Hrsg. vom Ministerium der Justiz. Berlin (Ost) 1987.

Dokumentensammlungen, Lexika, Statistische Jahrbücher und amtliche Statistiksammlungen

Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 2, Berlin (Ost) 1951, Bd. 3, Berlin (Ost) 1952, Bd. 7, Berlin (Ost) 1961. Bd. 13, Berlin (Ost) 1974, Bd. 14, Berlin (Ost) 1977 und Bd. 16, Berlin (Ost) 1980.

Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 1. 1847 – 1945. Berlin (Ost) 1981.

Lexikon der Sozialpolitik. Hrsg. von Gunnar Winkler, Berlin (Ost) 1987.

Lexikon der Wirtschaft. Arbeit, Berlin (Ost) 1969.

Lexikon der Wirtschaft. Industrie. Berlin (Ost) 1970.

Ökonomisches Lexikon. Dritte, neu bearbeitete Auflage. Drei Bände, A-G, H-P und Q-Z, Berlin (Ost) 1978, 1979 und 1980.

Ökonomisches Lexikon. Erste Auflage. Zwei Bände, A-K und L-Z, Berlin (Ost) 1967.

Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Heft 2. Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990. Wiesbaden 1993.

Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Heft 15. Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981. Wiesbaden 1994.

Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Heft 34. DDR-Statistik. Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik in der DDR 1949 bis 1990. Wiesbaden 1999.

Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, ab 1952.

Statistisches Jahrbuch der DDR. Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin (Ost), ab 1955.

Literatur

Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Sozialistische Wohnungspolitik, Berlin (Ost) 1979.

Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949 – 1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Reihe: Diktatur und Widerstand Bd. 4. Hrsg. von Manfred Wilke, Münster, Hamburg 2003.

Apel, Erich/ Mittag, Günter: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin (Ost) 1964.

Arbeitsmaterial zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der DDR. Hrsg. von der Deutschen Bauakademie und dem Bund Deutscher Architekten der DDR. Berlin (Ost), März 1971.

Arlt, Rainer / Rhode, Günther: Bodenrecht. Ein Grundriß, Berlin (Ost) 1967.

Arlt, Rainer: Bodenrecht. Eine Sammlung von Beiträgen. Berlin (Ost) 1961.

Arndt, Klaus Dieter: Wohnverhältnisse und Wohnungsbedarf in der sowjetischen Besatzungszone. Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Neue Folge, Reihe A: Forschung, Nr. 50, Berlin 1960.

Autorenkollektiv unter der Leitung von Schmunk, Günter/ Tietze, Gerhard/ Winkler, Gunnar: Marxistisch-leninistische Sozialpolitik. Hrsg. von der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ beim Bundesvorstand des FDGB. Berlin (Ost) 1975.

Autorenkollektiv: Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt. Berlin (Ost) 1972.

Barth, Holger (Hrsg.): Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Berlin 1998.

Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zu Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

und DDR 1945 - 1952. In: Kaelble, Hartmut/ Kocka, Jürgen/ Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 119 – 143.

Bauernfeind, Alfred: Die Umwandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Privatbetriebe in Volkseigene Betriebe. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost), 23. Jg., Nr. 1/1975, S. 5-16.

Betriebsparteiorganisation der SED (Hrsg.): Ein Werk des Sozialismus, der Freundschaft und der Jugend. Geschichte des VEB Petrochemisches Kombinat Schwedt, Stammbetrieb, von 1959 bis 1981. Berlin (Ost) 1985.

Beyer, Heinz/ Buttler, Harald/ Kanzig, Helga/ Müller, Hans/ Reißig, Karl Schlotzhauer, Helmut und Zeising, Gerhard: Zur Geschichte des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR. In: Wissenschaftliche Entscheidungen – historische Veränderungen – Fundamente der Zukunft. Studien zur Geschichte der DDR in den sechziger Jahren. Frankfurt am Main 1971, S. 170-242.

Bodenrecht. Hrsg. von der Humboldtuniversität zu Berlin, Berlin (Ost), 3. überarbeitete Ausgabe 1986.

Borchert, Annelore: Das Wohnungsmietrecht in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost). 2. Auflage 1960.

Bouvier, Beatrix: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker. Bonn 2002.

Buch, Günther: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR. Vierte Auflage. Berlin 1987.

Buck, Hannsjörg F./ Reuter, Ute: Das Scheitern des SED-Wohnungsbauprogramms und die infrastrukturellen und ökologischen Erblasten für die Wohnumwelt in den neuen Bundesländern. Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen Instituts, Nr. 6/1991, Bonn 1991.

Buck, Hannsjörg F.: Öffentliche Finanzwirtschaft im SED-Staat und ihre Transformationsprobleme. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Hrsg. vom 13. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999, Bd. III/2, S. 975-1267.

Buck, Hannsjörg F.: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall. In: Die wirtschaftliche und ökologische Situation in den achtziger Jahren. Hrsg. von Kuhrt, Eberhard in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig. Reihe: Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2. Opladen 1996, S. 67-109.